

**DIE LINKE.**  
Bezirksfraktion Altona



# Wir in der Bezirksversammlung 2014 bis 2017

Altona für alle  
sozial und solidarisch



# IMPRESSUM

DIE LINKE, Bezirksfraktion Altona  
Am Felde 2  
22765 Hamburg

Telefon 040 - 25 49 55 47

[www.linksfraktion-altona.de](http://www.linksfraktion-altona.de)  
[info@linksfraktion-altona.de](mailto:info@linksfraktion-altona.de)

V.i.S.d.P.:  
Robert Jarowoy, Am Felde 2, 22765 Hamburg

Redaktionsschluss: 15.4.2017

Gestaltung: Marion Petersen

Fotos: Linksfraktion Altona und  
Hinrich Schultze, [www.dokumentarfoto.de](http://www.dokumentarfoto.de)

# INHALT

Partei, Fraktion, Bezirksversammlung	Seite 5
Soziales, Integration, Senioren und Gleichstellung	Seite 11
Ein zugewählter Bürger im Planungsausschuss	Seite 13
Aus dem Alltag des Altonaer Bau- und Planungsrechts	Seite 16
Sonderausschuss Flüchtlinge	Seite 18
Jugendhilfe	Seite 23
Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit	Seite 27
Grün, Naturschutz und Sport	Seite 33
Breitensport sitzt auf der Bank	Seite 37
Kultur und Bildung	Seite 40
Wirtschaft, Arbeit und regionale Stadtteilentwicklung	Seite 47
Haushalt und Vergabe	Seite 51
Verkehr	Seite 54
Zum Schluss	Seite 59



Mit dieser Broschüre möchten wir die Arbeit der Bezirksfraktion DIE LINKE in der Altonaer Bezirksversammlung vorstellen. Was genau versteht man unter einer Partei und was unter einer Fraktion? Für Außenstehende ist dies oft schwer zu unterscheiden.

## PARTEI, FRAKTION, BEZIRKSVERSAMMLUNG

Die Partei ist ein Zusammenschluss von Menschen mit ähnlichen politischen Zielen. Die Partei erarbeitet ein Programm, das politische Ziele beschreibt. Sie stellt Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl auf, und wenn diese Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werden, so nennt man sie Abgeordnete (auf Bezirksebene: Mitglieder der Bezirksversammlung), die zusammen die Fraktion bilden. (Natürlich sind die Mitglieder einer Fraktion in der Regel Mitglieder einer Partei, jedoch können auch Nichtparteimitglieder in einer Fraktion mitarbeiten, wenn sie sich aufstellen lassen und gewählt werden.) Ab 3 % der Stimmen bekommen die Parteien nach der Wahl 3 Abgeordnete und somit Fraktionsstatus. Nur die Stimmen der Parteien, die die Drei-Prozent-Hürde geschafft haben, werden addiert und durch die Anzahl der regulär zu vergebenden Sitze geteilt. Auf Bezirksebene sind dies zwischen 45 und 57 Sitze.

Seit 1949 gibt es Bezirksversammlungen (damals Bezirksausschüsse). Seit 2008 ist DIE LINKE mit einer Fraktion im Altonaer Bezirksparlament vertreten. Die letzte Wahl zu den Bezirksversammlungen Hamburgs fand 2014 statt, d.h., wir befinden uns zurzeit in der 20. Wahlperiode (was auf Bürgerschafts- oder Bundesebene Legislaturperiode genannt wird). Eine Wahlperiode dauert fünf Jahre, d.h., die nächste Bezirksversammlungswahl findet im Juni 2019 statt (seit 2014 zusammen mit der Europawahl und nicht mehr zusammen mit der Bürgerschaftswahl, um die Aufmerksamkeit auf diese Bezirksversammlungswahlen zu erhöhen, was an dem mangelnden Einfluss der Bezirksparlamente leider nichts ändert). Zurzeit haben wir 6 Abgeordnete in der Bezirksversammlung.



*Die Fraktion der Partei  
DIE LINKE in der  
Altonaer Bezirksver-  
sammlung (v.l.n.r.):  
Wolfgang Ziegert,  
Mandy Gutierrez Plasser  
(Geschäftsführerin  
der Fraktion),  
Hasan Burgucuoglu,  
Blanca Merz,  
Karsten Strasser  
(Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender),  
Robert Jarowoy  
(Fraktionsvorsitzender),  
Horst Schneider*

Die Altonaer BV hat 51 Mitglieder. Diese Zahl ist abhängig von der Einwohnerzahl des jeweiligen Bezirks. Von den 51 Sitzen entfallen zurzeit 17 auf die SPD, 12 auf die GRÜNEN, 11 auf die CDU, 6 auf die LINKE, 3 auf die FDP und 2 auf die AfD, die aufgrund des Wahlergebnisses keinen Fraktionsstatus besitzt sondern eine Gruppe darstellt.

Die Mitglieder der Bezirksversammlung üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus und bekommen für ihre Arbeit lediglich Aufwandsentschädigungen. Ihre Aufgabe ist es aber, bezirkliche Entscheidungen zu treffen und die Arbeit der Amtsvertreter zu kontrollieren und dies nicht nur in Form der BV, sondern auch in den Ausschüssen. Zur Altonaer BV gehören 13 Ausschüsse. Davon sind 11 Fachausschüsse. Der Hauptausschuss koordiniert die Arbeit der übrigen Ausschüsse. Er legt die Sitzungstermine fest, berät Themen grundsätzlicher oder fachlich übergeordneter Bedeutung und kann in eiligen Angelegenheiten stellvertretend für die Bezirksversammlung Beschlüsse fassen. Der Ältestenrat (oder Geschäftsordnungsausschuss) bereitet Geschäftsordnungsände-

rungen vor, berät über grundlegende Angelegenheiten des Sitzungsbetriebs und entscheidet abschließend über die Tagesordnung der Bezirksversammlung.

Die 11 Fachausschüsse gliedern sich thematisch. Die Fraktion DIE LINKE ist in diesen Ausschüssen mit 2 stimmberechtigten Mitgliedern (davon eine Sprecherin bzw. ein Sprecher) und in einigen zusätzlich mit 2 ständigen Vertretern (sogenannten zugewählten Bürgerinnen/Bürgern) vertreten. Diese zusammengenommen bilden die erweiterte Fraktion, die bei uns insgesamt 23 Mitglieder hat.

Fachausschuss	SprecherIn
Jugendhilfeausschuss	Klaus-Peter Berndt
Haushalt und Vergabe	Horst Schneider
Planungsausschuss	Robert Jarowoy
Bauausschuss	Robert Jarowoy
Kultur und Bildung	Hasan Burgucuoglu
Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren	Horst Schneider
Wirtschaft, Arbeit und regionale Stadtteilentwicklung	Karsten Strasser
Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit	Karsten Strasser
Grün, Naturschutz und Sport	Heike Schoon
Verkehrsausschuss	Karsten Strasser
Sonderausschuss Flüchtlinge	Horst Schneider

Die Arbeit in diesen Ausschüssen ist jedoch erschwert durch den Stellenabbau im Bezirksamt und die zunehmende Zentralisierung, die den Bezirken in ihren Entscheidungen wenig Eigenständigkeit gewährt.

Die Abgeordneten der Bezirksversammlung werden alle 5 Jahre gewählt und tagen einmal im Monat im Altonaer Rathaus. Und damit fängt der Schlamassel an. Das Rathaus ist nämlich gar kein Rathaus mehr, sondern ein Bezirksamt und die Bezirksversammlung ist kein Kommunalparlament, sondern ein Verwaltungsausschuss.



Beschlüsse der Bezirksversammlung können genau wie Bürgerbegehren und -entscheide vom Senat und seinen Fachbehörden jederzeit aufgehoben werden

Fast 300 Jahre, nachdem Hamburgs schöne Schwester vom dänischen König die Stadtrechte verliehen bekam, hoben die Nazis diese 1937 wieder auf und beendeten die Selbstständigkeit Altonas mit dem Groß-Hamburg-Gesetz. Ausgerechnet der letzte demokratisch gewählte Oberbürgermeister Altonas, der Sozialdemokrat Max Brauer, behielt nach dem Krieg als von den Engländern eingesetzt und später gewählter Erster Bürgermeister Hamburgs diese Struktur der Hamburger Einheitsgemeinde bei, an der bis heute jeder Hamburger Senat festgehalten hat.

Die Einheitsgemeinde bedeutet, dass die Landesregierung – in Hamburg der Senat – nicht nur die in der Länderhoheit liegenden, sondern auch die kommunalen Belange entscheidet. Anders als beispielsweise die selbstständigen Städte Schenefeld und Wedel oder die Gemeinden Halstenbek und Rellingen hat die Altonaer Bezirksversammlung, die eine Viertelmillion Menschen vertritt, nur ein Vorschlags- bzw. Empfehlungsrecht und keinen eigenen Haushalt, sondern darf lediglich von der Fachbehörde des Senats erteilte Rahmenvorgaben weiterverteilen bzw. feinspezifizieren.

Eigenverantwortlich verfügen darf die Bezirksversammlung ausschließlich über sog. Sondermittel, die in der Größenordnung eher einem Taschengeld gleichen als einem Etat. Die Beschlüsse der Bezirksversammlung können vom Senat und seinen Fachbehörden jederzeit aufgehoben – evoziert – werden. Entsprechendes gilt für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide der BV.



*Einmal im Jahr trifft sich die erweiterte Fraktion, d. h. Fraktionsmitglieder und zubezogene BürgerInnen zu einer zweitägigen Arbeitssitzung*

Vom Hamburger Senat in Altona evozierte oder mit anderen Rechtsmitteln aufgehobene bzw. außer Kraft gesetzte Bürgerentscheide betrafen das Bismarckbad, den Buchenhofwald, den Erhalt der Kleingärten, die Bebauung Zeise II, das Votum „Bürgerentscheide verbindlich machen“ und vieles andere mehr. Aber auch einstimmig von der Bezirksversammlung beschlossene kommunale Forderungen, wie die Verlängerung des Hafenfähr-



*Sitzung der  
erweiterten Fraktion  
im März 2017 in  
der Antifaschistischen  
Erholungs- und  
Tagungsstätte  
Heideruh in der  
Lüneburger Heide*

betriebs zum HVV-Tarif bis nach Blankenese oder Schulau, wurden als zu teuer zurückgewiesen.

Andere an Bedeutung weit darüber hinausgehende Altona betreffende Fragen, wie die Schließung bzw. Verlegung des Fern- und Regionalbahnhofs, dürfen erst gar nicht in der BV oder durch Bürgerentscheide beschlossen werden, da es sich hier um sog. Vorbehaltsgebiete des Senats oder um betriebswirtschaftliche Entscheidungen von mittlerweile privatwirtschaftlich organisierten Konzernen handelt.

Dabei kann es sich auch um zu 100 % in Staatsbesitz befindliche Konzerne handeln – wie die Deutsche Bahn, die Hochbahn, die SAGA, fördern & wohnen, die HADAG. Oder um solche, die es waren und jetzt voll privatisiert sind, wie die Post, die Krankenhäuser, die Energieversorger. Oder um Einrichtungen, die schleichend privatisiert werden, wie Schulen, Verkehrswege oder das Management des öffentlichen Raumes.

**Der Sozialausschuss** befasst sich mit vier Themenbereichen: Menschen mit Behinderung, Senioren, Gleichstellung der Geschlechter und Integration.

Der Ausschuss ist mit dieser Vielzahl von Themen eigentlich überladen. Jedes Thema für sich ist so wichtig, dass es eigentlich eines eigenen Ausschusses bedürfte. Mit den unterschiedlichen

Bereichen sind folgende Beiräte und Arbeitsgruppen befasst:

## SOZIALES, INTEGRATION, SENIOREN UND GLEICHSTELLUNG

Der Beirat für Menschen mit Behinderung befindet sich in der Konstituierung, der Seniorenbeirat hat sich im April 2017 neu organisiert.

Als Vertreterin der Fraktion DIE LINKE wurde Hamide Scheer gewählt, gleichzeitig vertritt sie dort die Menschen mit Migrationshintergrund.

Für den Themenbereich Integration gibt es eine Unterarbeitsgruppe, die bereits in der letzten Wahlperiode einen Runden Tisch Integration gegründet hat, d.h., alle Initiativen und Träger, die im Bereich Integration arbeiten, wurden dazu eingeladen. Dieser Runde Tisch arbeitet stetig daran, das vorhandene Integrationskonzept den geänderten Bedingungen anzupassen. Im Zuge der Integrationsbemühungen wurde auch die Forderung nach einem aktiven Wahlrecht gestellt für alle die MigrantInnen, die seit mindestens 6 Monaten ihren gemeldeten Wohnsitz in Altona haben. Diese Forderung wurde, entgegen dem Votum der Fraktion DIE LINKE, von den Mehrheitsparteien in der Bezirksversammlung abgelehnt. Dies führte zu einer großen Enttäuschung innerhalb der Initiativen. Anfang 2017 nahm man jedoch einen neuen Anlauf.

Der Runde Tisch Integration arbeitet daran, das vorhandene Integrationskonzept sich ändernden Bedingungen anzupassen

Dem Thema Gleichstellung wird jedoch leider wenig Beachtung geschenkt. Es gibt ein Gleichstellungsgesetz, aber keine/n bezirkliche/n Gleichstellungsbeauftragte/n. Auf eine Anfrage von uns nach der Erfassung von Gewaltdelikten an Frauen bspw. konnte



*Es gibt immer wieder  
Versuche, Mittel  
für Beratungsstellen,  
öffentliche Treffs usw.  
zu kürzen*

das Bezirksamt keine Auskunft geben. Sie lediglich mit dem Wort „Fehlanzeige“ zu beantworten ist aus unserer Sicht zynisch.

Foren für die Interessenvertretung von Senioren beiderlei Geschlechts gibt es in Altona in vielen Stadtteilen. Als übergeordnetes Organ ist hier der sich im Jahr 2017 neu konstituierende Seniorenbeirat zu nennen. Vertreterin für DIE LINKE wird in diesem Beirat Hamide Scheer sein. Der Tagungsort für diesen Beirat wurde vom Mercado in die Ottensener "Motte" verlegt, wo der Seniorentreff Ottensen tagt. Angesichts einer älter werdenden Gesellschaft bekommen Seniorentreffs viel zu wenig Aufmerksamkeit von Politik und Verwaltung.

Die Arbeit im Sozialausschuss ist wesentlich bestimmt durch wiederkehrende Abwehrkämpfe gegen Mittelkürzungen. Bei gesetzlich vorgesehenen Einrichtungen (Beratungsstellen / öffentlichen Treffs) versucht man zu kürzen. Lediglich Vorschläge, die Einsparungen bringen, werden berücksichtigt, d.h., rein betriebswirtschaftliches Denken ist vorherrschend.

# EIN ZUGEWÄHLTER BÜRGER IM PLANUNGS-AUSSCHUSS

Im Planungsausschuss werden im Zusammenwirken mit dem Amt für Stadt- und Landschaftsplanung Bebauungspläne erarbeitet

Ich hatte keine Ahnung, was mich erwartet, als Robert mich einlud, an den Sitzungen des Planungsausschusses als zugewählter Bürger teilzunehmen. Zwar hatte ich hin und wieder einen Ausschuss besucht, um mal zu hören, was da erörtert wird und was so passiert. Aber so ganz verstanden hatte ich das alles nicht. Da wird mit Fachbegriffen um sich geworfen, dass einem die Ohren schlackern. Manchmal werden auch Sticheleien losgelas-

sen, darunter auch sehr heftige. Auf meine Frage nach dem Warum sagt der Vorsitzende nichts. Manche dieser Sticheleien kann man als witzig ansehen – allerdings sind das wenige.

Und nun sitze ich hier im Technischen Rathaus nicht als Besucher, sondern für DIE LINKE Bezirksfraktion Altona. Von der Linksfraktion ist noch niemand da, ich bin der Erste. Keiner der Anwesenden kümmert sich um mich, einzig die Protokollantin sagt freundlich: „Hallo!“ Ich stelle die Namensschilder auf.

Gegenüber höre ich die GRÜNEN über die öffentliche Fragestunde diskutieren. Rechts von den GRÜNEN sind die Ausschussmitglieder der CDU in eine rege Diskussion vertieft. Zu meiner Linken sitzen die SPD-Mitglieder. Ich fühle mich ein wenig allein gelassen. Es ist kurz vor 18:00 Uhr. Endlich erscheinen Robert, Andrea und auch Rainer. Der Saal füllt sich mit Besuchern. Der Vorsitzende schaut auf die Uhr, und die Sitzung wird eröffnet.

Der erste Tagesordnungspunkt ist die öffentliche Fragestunde. Die zuvor schriftlich gestellten Anfragen einer Bürgerinitiative werden von den einzelnen Fraktionen beantwortet. Ich bin sprachlos, wie manche Abgeordnete der etablierten Fraktionen mit den Fragestellern der Bürgerinitiative umgehen – entweder arrogant von oben herab oder indem sie die Fragesteller hysterisch anfauchen. Ich fragte Robert, ob es normal ist, wie die Mitglieder der anderen Fraktionen mit den Menschen, die sie doch wohl auch gewählt haben dürften, umgehen.



„Und euch  
habe ich gewählt!  
Nie wieder!“

Die Leute von der Bürgerinitiative sind aufgebracht, weil sie sich nicht verstanden fühlen und sich in ihren Bedürfnissen beschnitten sehen. Unruhe entsteht, als eine Sprecherin der Bürgerinitiative erneut angefaucht wird. Ein Mann steht auf, schimpft und spricht die Abgeordneten direkt an. Beim Hinausgehen sagt er: „Und euch habe ich gewählt, nie wieder.“ Jetzt stehen auch die Leute von der Bürgerinitiative auf und verlassen aufgebracht den Raum. Bis auf zwei, drei Besucher sind alle hinausgegangen. Es geht weiter in der Tagesordnung. Was mich verwundert: Sobald Robert oder Rainer oder Andrea etwas sagen, sind sich alle anderen Fraktionen einig und schießen dagegen.

Seither habe ich an mehreren Planungsausschuss-Sitzungen teilgenommen und dabei feststellen müssen, dass die Arroganz und Respektlosigkeit der etablierten Fraktionen keine Grenzen kennt. Leider verlassen die meisten Besucher immer direkt nach der öffentlichen Fragestunde den Raum. So bekommen sie nicht mit, welche Fraktionen – gemäß Olaf Scholz' Verdichtungs-Order – die Altstadt Altonas verschachern und welche wirklich darauf bedacht sind, Altona zu erhalten, wie es ist.

Ich kann nur verwundert den Kopf schütteln, wenn ich daran denke, dass es diese Abgeordneten sind, die über Dinge entscheiden, die tiefgreifende Auswirkungen auf das Altonaer Stadtleben haben.

Und ich stelle mir die Frage: „Was machst du hier überhaupt?“  
Vor allem aber frage ich mich: „Was kannst du daran ändern und wie?“ Ich sehe hier nur ein wirksames Mittel, die etablierten Parteien bloßzustellen: Transparenz und Offenlegung aller ihrer Aktivitäten.

*Der Planungsausschuss  
im Technischen  
Rathaus Altona:  
ganz großes Kino*

Im Großen und Ganzen ist so ein Planungsausschuss ganz großes Kino, und ich habe mir jetzt vorgenommen, zu jeder Sitzung Popcorn mitzubringen.

Wo Verbrechen  
sich lohnt -  
Die Brandstiftung  
des Bahrenfelder  
Forsthauses und die  
investorengerechte  
Umsetzung  
durch das Amt und  
die Politik -  
Az 3401Js160/15

**Im Spätherbst 2014** versuchten die Altonaer CDU und die GRÜNEN, eine Baugenehmigung für Wohnungsbau auf dem Gelände des damals noch bestehenden Ausflugslokals Bahrenfelder Forsthaus zu erwirken. Das Unterfangen scheiterte zunächst im Bauausschuss, wurde dann aber mit anderen Mehrheitsverhältnissen in der Bezirksversammlung im Januar 2015 durchgesetzt.

Diesen Beschluss der Bezirksversammlung hat die Bezirksamtsleiterin beanstandet, weil sie ihn für rechtswidrig hielt, da alle planrechtlichen Ausweisungen hier eine Wohnbebauung ausschlossen. Wenige Tage nach der Beanstandung ging das Bahrenfelder Forsthaus im Februar 2015 in Flammen auf, und zwar nach Aussagen des LKA durch professionell gelegte Brandbeschleuniger.

## AUS DEM ALLTAG DES ALTONAER BAU- UND PLANUNGSRECHTS

Nach eineinhalb Jahren wurde die Ruine planiert, und Gespräche der Altonaer CDU, der GRÜNEN und nun auch der SPD begannen mit dem Wohnungsbaukoordinator

Staatsrat Kock sowie dem Oberbaudirektor Prof. Walther, bei denen nach Aussagen der Altonaer GRÜNEN-Chefin Frau Boehlich – bestätigt von den Herren Szczesny (CDU), Werner (SPD) sowie dem Altonaer Baudezernenten Gerdemann und dem Leiter des Altonaer Rechtsamtes Herrn Farries – einvernehmlich beschlossen wurde, dass dem im Herbst 2014 eingeleiteten Bebauungsvorhaben mit einer vier- bis sechsgeschossigen Bebauung nun doch stattgegeben werden solle, und zwar durch Befreiungen vom geltenden Baurecht ohne die Erfordernis eines neuen Bebauungsplanes. Dies soll in der morgigen öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses in der Loki-Schmidt-Schule Othmarscher Kirchenweg um 18 Uhr festgelegt werden.

*Pressemitteilung  
vom 4.4.2017,  
der Bezirksfraktion  
DIE LINKE Altona*

Die Wertsteigerung des Grundstücks schnellte von ungefähr 200 € pro qm als gewerbliche Fläche für Ausflugslokalzwecke auf 2000 € als Wohngebiet.



*Die mittlerweile  
planierte Ruine  
des Bahrenfelder  
Forsthauses  
mit Überresten des  
ausgebrannten  
Dachstuhls*

Die staatsanwaltlichen Ermittlungen laufen weiterhin unter dem oben angegebenen Aktenzeichen. Eine Zusammenstellung der flächennutzungsplanwidrigen Zerstörung der Volkspark-Grünachse durch das Bauvorhaben auf dem Grundstück des ehemaligen Forsthauses entnehmen Sie bitte dem Nachstehenden.  
Robert Jarowoy, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

Daraufhin schrieb die MOPO am 6.4.2017:

„Wo Verbrechen sich lohnt – die Brandstiftung des Bahrenfelder Forsthauses und die investorengerechte Umsetzung durch das Amt und die Politik“. Die Pressemitteilung der „Linken“ in Altona klingt schon mal spannend. Fraktionschef Robert Jarowoy hat sich so in das Thema verbissen, dass er den Stoff sogar als Vorbild für einen Krimi nahm, den er geschrieben hat. Der Titel: „Das Diebsteich-Komplott“.

Auch die MOPO ging auf Spurensuche ....

(Quelle: <http://www.mopo.de/26669592> ©2017)



Die Mitglieder des Sonderausschusses Flüchtlinge besuchten seit Gründung Ende 2015 alle Flüchtlingsunterbringungen in Altona: die große Erstaufnahme in der Schnackenburgallee sowie die Folgeeinrichtungen in Sülldorf (Sieversstücken), Osdorf (Blomkamp), Bahrenfeld (Luruper Hauptstraße, Albert-Einstein-Ring, Notkestraße und August-Kirch-Straße), Othmarschen (Holmbrook) sowie Altona Nord (Alsenstraße, Kaltenkircher Platz und Waidmannstraße). Mit Ausnahme des umgebauten Bürogebäudes am Albert-Einstein-Ring bestehen die Einrichtungen aus Wohncontainern bzw. Modulhäusern und werden von fördern & wohnen bzw. dem Deutschen Roten Kreuz betreut und verwaltet.

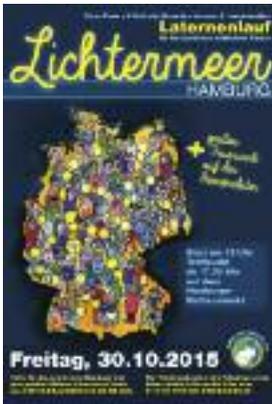
Mit Ausnahme der Waidmannstraße machen diese Einrichtungen einen recht ordentlichen Eindruck. Ein Zimmer steht jeweils 2 Personen zur Verfügung, an die Flure grenzen Nassbereiche mit

## SONDERAUSSCHUSS FLÜCHTLINGE

Duschen und Waschmaschinen sowie eingeeichtete Küchenräume für jeweils 6 bis 12 Zimmer. In der Erstaufnahme erfolgt die Verpflegung durch Catering-Betriebe. In den Folgeeinrichtungen kochen die Flüchtlinge selber. Bis zu 50 % der BewohnerInnen hier haben Arbeit gefunden, und die Kinder besuchen externe Kitas bzw. Schulen, während in der Erstaufnahme eine notdürftige Beschulung innerhalb der Einrichtung erfolgt. Ähnlich verhält es sich mit der medizinischen Versorgung.

*Auf dem Flüchtlingsfest: Frauen aus Lateinamerika tanzen und kurdische Flüchtlinge aus Rojava singen politische Lieder aus ihrer Heimat*

Katastrophal ist die Einrichtung in der Waidmannstraße, wo überwiegend Roma vom Balkan untergebracht sind. Neben der fürchterlichen Situation vor Ort (es handelt sich um eine notdürftig umgebaute Werkshalle mit nacktem Betonfußboden und z. T. angeschimmelten Wänden) kommt die unerträgliche spezifische Situation der Roma hinzu, die entweder sehr kurzfristig abgeschoben werden oder allenfalls im Zuge immer wieder zu verlängender Duldungen ein unwürdiges und ständig bedrohtes Leben fristen. Nicht zuletzt auf unseren Druck hin hat fördern & wohnen zugesagt, diese Einrichtung nicht weiter betreiben zu wollen. Wann die Schließung erfolgt, steht allerdings noch nicht fest.



*Der erstmals in Hamburg durchgeführte Laternenumzug Lichtermeer findet mittlerweile auch in anderen Städten statt*

2015 wurden zu der Aktion „Lichtermeer“ von der Bezirksversammlung auf Betreiben der Linksfraktion Busse gechartert, um Flüchtlingskindern die Teilnahme an einem Laternenumzug mit behinderten und nicht behinderten Kindern rund um die Binnenalster zu ermöglichen.



Das Flüchtlingsfest 2016.  
 Auf dem Podium: Jan van Aken (DIE LINKE), Lorenz Flemming (FDP), Adalet Sare-Oguz (Kurdische Frauenvereinigung), Robert Jarowoy (DIE LINKE), Hannes Classen (OTTE60), Rudko Kawczynski (RCU), Klaus Schomacker (Volksinitiative für gute Integration)



Als eine zumindest symbolische Unterstützung der Flüchtlinge hat die Altonaer Linksfraktion im Spätsommer 2016 ein Flüchtlingsfest auf dem Kemal-Altun-Platz durchgeführt, zu dem Flüchtlinge ebenfalls mit einem eigens gecharterten Bus abgeholt wurden.



*Nach der Veranstaltung im Altonaer Rathaus ging es an die Elbe, um schwimmende Lichter auf den Fluss zu setzen, eine Tradition der Roma, die ausdrückt, dass sie nicht zusammen leben, aber doch miteinander verbunden sind wie das Wasser der Flüsse mit dem des Meeres*

**Integration ist möglich, wenn sie gewollt wird und wenn finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen werden**



Durch den dramatischen Fall einer Roma-Frau aus der Unterkunft in der Waidmannstraße wurden wir auf eine Perspektive des Themas Flucht aufmerksam, die in Deutschland seit Langem existiert, aber wenig im öffentlichen Bewusstsein ist – die Situation der Roma und Sinti.

Auf unsere Initiative hin hat die Bezirksversammlung im Kollegensaal des Altonaer Rathauses den Internationalen Roma-Tag am 8.4.2017 in Altona begangen. Zu Gast waren Rudko Kawczynski von der Rom und Cinti Union und Christian Rosenberg vom Sinti-Verein Hamburg. Die RCU hatte eine Ausstellung zur Geschichte, Verfolgung und aktuellen Situation der Roma erstellt, und eingerahmt wurde die Veranstaltung durch musikalische Darbietungen traditioneller und modernerer Roma- und Sinti-Bands aus Hamburg.

Allen Unkenrufen zum Trotz: Die Geflüchteten leben in den Stadtteilen unauffällig und werden durch viele ehrenamtliche Initiativen begleitet, von der Kinderbetreuung über Sport und Freizeitgestaltung bis zur Sprachförderung. Die bestehenden Freizeit- und Kultureinrichtungen sind gewachsen und haben neuen Schwung. So sind dort neue Angebote entstanden und zu beliebten Orten für alle Interessierten geworden.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) bildet gemeinsam mit dem Hamburger Ausführungsgesetz, dem Bezirksverwaltungsgesetz und mit der Geschäftsordnung der Bezirksversammlung die Arbeitsgrundlage des Jugendhilfeausschusses im Bezirk Altona. Das ist im Vergleich zu anderen bezirklichen Ausschüssen eine Besonderheit. Dies zeigt sich schon in der gesetzlichen Vorgabe bezüglich der Zusammensetzung des Ausschusses und seiner weitreichenden Rechte.

Etwa die Hälfte der JHA-Mitglieder kommen aus der Politik, und die zweite Hälfte sind Fachleute aus der Praxis. Die stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses sind Teil des Jugendamtes! Daraus ergeben sich Chancen und Möglichkeiten, allerdings auch Konflikte zwischen den Ausschussmitgliedern und dem Amt.

## JUGENDHILFE

Im JHA Altona besteht eher eine positive, fachliche, sach- und zielorientierte Arbeitsatmosphäre, was nicht ausschließt, dass sich einzelne ParteienvertreterInnen, insbesondere in Wahlkampfzeiten, profilieren müssen. Gerade dann werden Initiativen und Anträge der Fraktion DIE LINKE häufig pauschal abgelehnt bzw. als irrelevant betrachtet und abgetan – nach dem Motto „Spiel nicht mit den Schmuttelkindern, sing nicht ihre Lieder“.

Aus der Opposition heraus ist es den zwei Vertretern der Fraktion DIE LINKE immer wieder gelungen, Themen zu setzen. So zum Beispiel hat sich durch Initiative unserer Fraktion der JHA Altona, wie selbstverständlich auch andere Bezirke, mit der Situation des KIDS am Hauptbahnhof und möglichen Auswirkungen für Altona beschäftigt. Unsere eindeutige und sehr klare inhaltliche Haltung war mit Grundlage für eine Positionierung des JHA Altona gegen die geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen.

Haushaltsfragen im Großen und im Kleinen nehmen einen sehr breiten Raum in der Arbeit des JHA Altona ein. Es ist für ALLE Mit-

Kostenlose Familienberatung und Hausaufgabenhilfe sowie Beratung zu den Themen Soziales und Jugendamt bietet Blanca Merz (Mitglied der BV Altona) an: im Zentrum für politische Teilhabe (Lippmannstr. 57) immer mittwochs von 12-16 Uhr und samstags von 10-14 Uhr

glieder des Ausschusses immer wieder nur sehr schwer nachvollziehbar, wie die Haushaltslage im Bereich der Altonaer Jugendhilfe tatsächlich ist. Das Amt ist sehr routiniert im Jonglieren mit den diversen Haushaltstiteln, und für die ehrenamtlichen Mitglieder des JHA ist es eine sehr anstrengende Sisyphusarbeit, hier seiner Gestaltungsarbeit und Kontrollpflicht nachzukommen.

Wann sind wo welche Gelder noch oder wieder oder neu vorhanden? Wer ruft wann wie viel ab oder gibt wann was und wie viel zurück? Welche Haushaltstitel sind miteinander deckungsfähig, aus welchem Jahr gibt es noch welche Reste und Rückläufe – was davon geht in welchen Finanztopf?

Hier fällt es oft schon den Beschäftigten des Jugendamtes Altona schwer, den Überblick zu behalten bzw. korrekte Zahlen an die gewählten ehrenamtlichen VertreterInnen des Ausschusses zu liefern. Hier sind die demokratisch gewählten VertreterInnen ganz klar in ihrem fachlichen Auftrag der Begleitung und Kontrolle des Jugendamtes benachteiligt/eingeschränkt. Hier wollen und müssen wir, die Vertreter der Fraktion DIE LINKE, uns zukünftig mehr und besser um die Kontrolle und Gestaltung des bezirklichen Haushalts kümmern.

Viele Neubürger sind in den Jahren 2015 und 2016 nach Altona gekommen bzw. kommen weiterhin, so auch viele Kinder und Jugendliche. Die Bezirksversammlung Altona hat u. a. mit der Einrichtung eines Sonderausschusses Flüchtlinge darauf reagiert. In der Kinder- und Jugendarbeit haben viele der Altonaer Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Kirchengemeinden, Sportvereine und Kulturzentren und weitere Einrichtungen schnell, professionell und kreativ ihre Arbeit und (neuen) Angebote darauf ausgerichtet.

Als JHA blieb uns die Arbeit, dies politisch und finanziell aufmerksam zu begleiten. Hier im Namen der Fraktion DIE LINKE ein Dankeschön an alle, die auf ihre Art geholfen haben, diese Auf-



*Im Jugendhilfe-  
ausschuss Altona  
herrscht in der Regel  
eine positive,  
fachliche, sach- und  
zielorientierte  
Arbeitsatmosphäre*

gabe positiv zu gestalten. Dieser Dank gilt auch den MitarbeiterInnen des Jugendamtes Altona.

Zwei schwere und tragische Fälle von Kindeswohlgefährdung haben den JHA Altona in den letzten fast zwei Jahren sehr beschäftigt. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE findet eine nur sehr einseitige „Aufarbeitung“ der jeweiligen Fälle statt. Zu schnell werden Fehler einzig in den Fallabläufen gesucht bzw. Fehlverhalten einzelner MitarbeiterInnen benannt. Kaum Beachtung finden die grundsätzlichen strukturellen Probleme der Hamburger (Altonaer) Jugendhilfe und ihrer MitarbeiterInnen. Dies haben die Ausschussmitglieder der Fraktion DIE LINKE in beiden Fällen sehr deutlich vertreten und sich dafür eingesetzt, dass die Aufarbeitung transparenter und unabhängiger stattfindet.

Derzeit prüft eine sogenannte Jugendhilfeinspektion der Landesbehörde solche Fälle von Kindeswohlgefährdung. Dies kann aus unserer Sicht nur eine unabhängige, eigenständige und weisungsungebundene Kommission machen. Völlig inakzeptabel ist,

*Viele Altonaer Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Kirchengemeinden und Sportvereine haben ihre Arbeit schnell auch auf hierher geflüchtete neue BürgerInnen ausgerichtet*



dass die BASFI\* sich weigert, dem zuständigen Fachgremium, hier dem JHA Altona, den Bericht der Jugendhilfeinspektion für eine fachliche Aufarbeitung und Bewertung zur Verfügung zu stellen – ein Verständnis von Beteiligung und Demokratie aus dem vorletzten Jahrhundert.

**Der Bezirk Altona mit 270.000 Einwohnern hat weniger Befugnisse als z.B. die Stadt Rendsburg mit 29.000 Einwohnern**

Leider haben in der Einheitsgemeinde Hamburg die Bezirke (Altona mit 270.000 Einwohnern) deutlich weniger Befugnisse als zum Beispiel die Ratsversammlung Rendsburg (ca. 29.000 Einwohner). Dies gestaltet die Arbeit in den Fachausschüssen und eben auch im JHA immer wieder sehr schwierig.

Zum regelmäßigem politischen und fachlichen Gerangel um die Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen den JHA-Mitgliedern und dem Jugendamt Altona kommt erschwerend hinzu, dass die Landesfachbehörde (BASFI)\* kaum Interesse an der Kooperation mit den Bezirken zeigt. Altona betreffende Fragen und Probleme sind in und mit den Altonaer Fachgremien (JHA, Initiativen, Vereine usw.) zu entscheiden, hier dürfte die Landesbehörde einzig eine unterstützende Rolle haben und nicht die bestimmende. Dafür setzen wir uns auch im JHA aktiv ein.

\* Behörde für Arbeit, Soziales, Frauen und Integration

# UMWELT, VERBRAUCHERSCHUTZ UND GESUNDHEIT

Der Ausschuss für Umwelt, Verbraucherschutz und Gesundheit (UVG) befasst sich mit gesundheitsgefährdenden Umwelt-Immissionen, Beschwerden von Bürgern über Lärm- und Geruchsbelästigungen (Umwelttelefon), Verbraucherschutz, wozu Lebensmittelüberwachung, Genehmigung von Märkten (z.B. Wochenmärkte und die bezirklichen Weihnachtsmärkte) und Wohnraumschutz gehören, sowie mit dem Thema Gesundheit, das das kommunale Gesundheitsmanagement mit den präventiven Altonaer Gesundheitsgesprächen umfasst sowie Infektionsschutz und Krankenhaushygiene.

Bis Februar 2016 gehörte noch das Thema Flüchtlingsgesundheit zu unserem Ausschuss, das aber seit Neugründung und Konstituierung des Flüchtlingsausschusses im Februar 2016 dort behandelt wird. Das Thema Senioren war bis Februar 2016 Bestandteil unseres Ausschusses und wurde im März 2016 wieder in den Sozialausschuss zurückübertragen, der das Thema Flüchtlinge an den neu gegründeten Flüchtlingsausschuss abgegeben hatte.

2014 hat sich  
in Lurup die  
Belastung durch  
Fluglärm um 64 %  
gegenüber dem  
Vorjahr gesteigert

Die Belastung durch Fluglärm im Stadtteil Lurup hat sich 2014 gegenüber dem Vorjahr um 64 % gesteigert und ist seither für die Luruper hoch geblieben. Die Benutzung anderer Startbahnen und das lautere, angeblich kerosinsparende Flachstartverfahren spielen dabei eine Rolle. DIE LINKE hat sich dafür eingesetzt, eine Ausschusssitzung mit Bürgerfragestunde vor Ort mit Anwohnern durchzuführen, was von einer SPD/CDU-Mehrheit jedoch abgelehnt wurde.

Zum Thema Fluglärm im Hamburger Westen hat sich eine Bürgerinitiative gegründet. DIE LINKE nimmt die Bürgerbeschwerden sehr ernst. Mehrfach wurde das Thema Fluglärm in Lurup im Ausschuss behandelt und an Lösungen gearbeitet. Die Einschränkung bei den lauten Flachstartverfahren ist dabei ein erster Schritt in die richtige Richtung, das Thema bleibt aber noch aktuell.

*Für den vermehrten  
Fluglärm in Lurup ist  
auch das lautere,  
angeblich kerosin-  
sparende Flachstart-  
verfahren  
verantwortlich*



Die von der EU festgesetzten Höchstgrenzen für stark gesundheitsgefährdende Stickstoffdioxide (NO<sub>2</sub>) werden in der Max-Brauer-Allee regelmäßig um mehr als die Hälfte überschritten. Seit 2010 gelten die Grenzwerte, doch sie werden an allen Straßenmess-Stationen im Durchschnitt um mehr als die Hälfte überschritten.

Der Senat nimmt es locker mit der Gesundheit seiner Bürger und entwickelt keine wirksamen Maßnahmen dagegen. Der seit 2004 existierende Luftreinhalteplan ist das Papier nicht wert, auf dem er steht. Freie Fahrt für Autos und Lkws inklusive der umweltschädlichen Diesel ist dem Senat wichtiger, denn die Interessen der Wirtschaft stehen für ihn über den Gesundheits-Interessen der Bürger. Die stark gesundheitsgefährdenden Auswirkungen von Stickstoffdioxid sind wissenschaftlich erwiesen, auch die höhere Sterblichkeit von Menschen, die über einen längeren Zeitraum Stickstoffdioxide einatmen.

**Hat die Stadt  
Hamburg bis  
Ende Juni 2017  
keinen Luftrein-  
halteplan vor-  
gelegt, droht ihr  
ein Zwangsgeld**

Der BUND hat mit einem Anwohner auf Einhaltung der EU-Grenzwerte geklagt und im November 2014 Recht bekommen. Im UVG-Ausschuss hat sich DIE LINKE erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Stadt Hamburg auf Rechtsmittel gegen das Urteil verzichtet. Das Urteil ist rechtskräftig. Die Stadt bekam die Auflage, einen Luftreinhalteplan zu entwickeln, der Maßnahmen be-

inhaltet, die nachweislich dafür sorgen, dass die Emissionshöchstwerte von Stickstoffdioxiden endlich nicht mehr überschritten werden. Dieser Luftreinhalteplan muss bis spätestens Ende Juni 2017 vorgelegt werden. Der BUND hat ein Zwangsgeld beantragt, das die Stadt zu zahlen hat, wenn der Termin nicht eingehalten wird.

Dagegen hat die Stadt Hamburg Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht eingereicht, da sie weiter auf Zeit spielen will. Das Oberverwaltungsgericht verwies die Beschwerde mit Beschluss vom Februar 2017 zurück und stellte fest, dass die Han-

sestadt Hamburg ihrer Verpflichtung aus dem Urteil vom 5.11.2014 nur unzureichend nachkommt. Der Stadt Hamburg sei es objektiv möglich gewesen, den Luftreinhalteplan nach den Vorgaben des Urteils vom 5. 11. 2014 zu ändern und nachzubessern. Wird der nachgebesserte Luftreinhalteplan mit Benennung nachweislich wirk-



*Die EU-Höchstgrenzen für Stickstoffdioxide gelten seit 2010, sie werden jedoch an allen Straßenmess-Stationen sehr häufig überschritten*

samer Maßnahmen zur Senkung der Emissionen an Stickstoffdioxid nicht bis Ende Juni 2017 vorgelegt, wird ein Zwangsgeld von 5.000 Euro verhängt.

Man kann jetzt einwenden, dass die Stadt das aus der Portokasse bezahlt, es ist aber ein deutliches Zeichen der Rechtsprechung an die Stadt, dass sie geltendes Recht seit Jahren ignoriert und die Gesundheit ihrer Bürger verletzt. In der Fraktionszeitung der LINKEN (AliNa, Altonaer Linke Nachrichten) haben wir in der AliNa Nr. 6/2014/15 und der Nr. 10/2016 Artikel zu diesem Thema veröffentlicht, um auf die Nachlässigkeit des Senats bei der Wahrung der Gesundheit der Bürger aufmerksam zu machen.

Personaleinsparungen in den Bezirksamtern verschlechtern die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter und die Qualität der Dienstleistungen

Wir als LINKE im Bezirk Altona kämpfen für gute Lebensbedingungen aller Menschen. DIE LINKE hat einen Antrag auf kostenfreie Verhütungsmittel für Bezieherinnen von Transferleistungen gestellt, der leider von den anderen Fraktionen abgelehnt wurde (06/16).

Mit Sorge betrachten wir die Personaleinsparungen in den Bezirksamtern, die die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter und die Qualität von Dienstleistungen für die Bürger verschlechtern. Diese Politik geht zu Lasten aller. Im Bereich der Lebensmittelüberwachung hat DIE LINKE einen Sachstandsbericht des Amtes angemeldet. Bei der Wohn- und Pflegeaufsicht ist die Personaldecke so dünn, dass eine effektive und mögliche Missstände aufdeckende Aufsichtsarbeit gar nicht in allen Pflegeheimen durchgeführt werden kann, zu Lasten der dortigen Bewohner. Möglich sind nur Stichproben in einigen Heimen pro Jahr.

Öffentlich in die Kritik geraten war die Personalausstattung in der Notfallambulanz Asklepios Klinik Altona. „Panorama 3“ hatte im August 2014 über ständigen Personalmangel und Hunderte von Gefährdungsanzeigen von Mitarbeitern der zentralen Notaufnahme berichtet und dass die ständige Personalnot medizinisch nicht zu verantworten sei. Zu dieser Problematik hatten wir danach in den Räumen der Klinik eine Ausschusssitzung und ein Gespräch mit Verantwortlichen der Asklepios Klinik Altona, die die Vorwürfe vehement bestritten und darauf verwiesen, dass die Notaufnahme gerade umgebaut werde, um dort zukünftig noch besser und schneller Patienten versorgen zu können.

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete im Dezember 2016 in einem langen Artikel über Pflegenotstand und Ärztemangel in einem großen privaten Krankenhaus.

DIE LINKE hat dies zum Anlass genommen, das Thema Krankenhaushygiene und Personalausstattung in Krankenhäusern auf die Tagesordnung zu setzen. Im April 2017 hatten wir Verantwort-

liche von Asklepios zu Gast im Ausschuss, die das neue Hygienesystem HYSYST vorstellten, das eine Qualitätssicherung bei der Reinigung von Patientenzimmern und insgesamt in der Krankenhaushygiene gewährleisten soll.



Auch über die Personalsituation in der Notfallambulanz der Asklepios Klinik Altona wurde gesprochen. Wir wurden darüber informiert, dass die Personalplanung auch Springer vorsieht, die einspringen, wenn Personal durch Krankmeldung in der Notaufnahme fehlt, und dass nicht auf Zeitarbeitsfirmen

zurückgegriffen, sondern intern vertreten werde.

*Verantwortliche der Asklepios Klinik Altona informierten im Ausschuss für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz über die Personalsituation in der Notfallambulanz sowie über die Hygiene-Situation in der Klinik*

Wir hoffen, dass alle Beteiligten gut zusammenarbeiten, um im Interesse aller eine sichere Patientenversorgung zu jeder Zeit in den Krankenhäusern sicherzustellen.

Im Stadtteil Sternschanze hatten wir als Ausschuss im Juni 2015 gemeinsam mit dem Stadtteilbeirat Sternschanze eine Ortsbegehung, um die Einhaltung der genehmigten Bereiche für das Aufstellen von Tischen und Bänken auf den Gehwegen durch die Restaurant-, Kneipen- und Café-Betreiber zu überprüfen, weil es in den öffentlichen Fragestunden in den Ausschusssitzungen vermehrt zu Beschwerden von Anwohnern über Lärm, nicht aufgespannte Lärmschutzschirme und zu weit in den Gehweg hineinragende Tische und Bänke gekommen war.

Wir haben einige Verstöße festgestellt und die Gaststättenbetreiber darauf hingewiesen. Auch hier sind wir um Ausgleich der unterschiedlichen Interessen bemüht.



*Die jahrelang von der LINKEN geforderte Landstromversorgung für Kreuzfahrtschiffe ist endlich beschlossen*

In den Ausschüssen der Hamburger Bezirke haben wir als Politiker die Aufgabe, die Verwaltung zu kontrollieren, auf Missstände hinzuweisen und Auskunft zu verlangen. Wir können auch Anträge stellen, die aber nur Empfehlungen für die Verwaltung sind. Wir haben nicht die Macht, Entscheidungen zu erzwingen. Aber dadurch, dass wir die Finger auf die Wunden legen, schaffen wir ein Bewusstsein für Problemlagen und können zumeist langfristig etwas bewirken und ein Umdenken erreichen.

Ein Beispiel: die jahrelange Forderung der LINKEN nach einer Landstromversorgung für Kreuzfahrtschiffe. Anfangs von den anderen Fraktionen noch belächelt wurde die Landstromversorgung in der Legislaturperiode 2011-2014 dann endlich beschlossen und wird seitdem Schritt für Schritt umgesetzt.

Dieser Bericht gibt nur einen Ausschnitt aus unserer vielseitigen Arbeit wieder. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, mal an einer öffentlichen UVG-Ausschusssitzung teilzunehmen.

## GRÜN, NATURSCHUTZ UND SPORT

**Schluss mit dem Baumtod** in Altona am Straßenrand! Jetzt wird mit Teleskop-Plastikbäumen aufgeforstet! Eine Vision? Eine Fiktion? Gewiss nicht! Kunststoff- bzw. Plastikrasenflächen gibt ja es schon. Konsequenterweise folgt in den kommenden Jahren der nächste Schritt: Die Lücken im Straßengrün werden durch ganzjährig grüne Teleskop-Plastikbäume mit Selbstduschung geschlossen. Der Hersteller, der weltweit größte Chemiekonzern, verspricht eine Lebensdauer von über hundert Jahren.

Wie Konzern-Unterlagen über geheime Laborexperimente zu entnehmen ist, verfügen diese Plastikbäume über Selbstduschanlagen. Baumstamm und Zweige lassen sich außerdem teleskopartig aus- und wieder eingefahren. Das erfolgt entweder mittels baumeigener Sensoren oder es kann für ganze Straßenzüge von einem Zentralrechner aus veranlasst werden. Nähert sich also beispielsweise ein Gigaliner (Riesen-Lkw), lassen sich Zweige und Baumstämme entlang der Straße auf ein Minimalmaß zurückfahren. Nach Passage des Giga-Liners werden sie wieder auf normale Höhe eingestellt.

Darüber hinaus messen die Teleskop-Plastikbäume (konzern-eigenes Kürzel TELPLAS) Sauerstoffgehalt, Temperatur und Feuchtigkeit der Luft. Diese Daten melden sie dann an die örtliche oder überörtliche Klimasteuerungszentrale. Die Messung des Sauerstoffgehalts ist jedoch verzichtbar, denn die Atemmaskenindustrie hat Masken mit Sauerstoffumwälzungsautomatik entwickelt.

Erstes Testfeld ist die – besonders im mittleren Abschnitt – weitestgehend baumlose Neue Große Bergstraße zwischen Altonaer Bahnhof und Technischem Rathaus (die Administration wählte diese Bezeichnung, weil selbst verschuldete, natürliche oder gesellschaftliche Problematiken selbstverständlich alle nur technisch anzugehen sind). Weitere Teststrecken sind die Autobahnzufahrten im Raum Altona. Hier ist nach dem Ausbau der A7, etwa 2030, die erste Testphase vorgesehen, denn die planmä-



ßige Holzerei hat dann wahrscheinlich ihr Ziel erreicht: Es gibt keine Autobahnzufahrt mit natürlichem Baumbestand mehr.

*Der fast baumlose  
Abschnitt der Neuen  
Großen Bergstraße*

Die Veränderungen beim Altonaer Straßengrün werden also immens sein. Doch die Krönung all dessen ist eine gigantische Kostensenkung bei der Pflege des Altonaer Stadtgrüns, wenn durch die kontinuierliche Baumholzerei natürliche Bäume nur noch eine Ausnahme im innerstädtischen Bereich Altonas sind, Bäume also fast restlos durch TELPLAS ersetzt wurden.

Eine solche Kostenperspektive ist auch deshalb schwindelerregend, weil man die frei werdenden Mittel jetzt zur Gänze für die weitere Versiegelung von Böden und für die Dachbegrünung mit sonnenabweisendem Kunststoff-Moos nutzen kann. (Die weltweite Verwendung dieses Moooses könnte eine erwünschte Temperaturabsenkung bewirken, bis hin zu einer neuen Eiszeit, was durchaus im Sinne der Brennstoffindustrie wäre.)

Ein weiterer Gewinner dieser Entwicklung ist die Atemmaskenindustrie. Frühzeitig zu investieren und zu kaufen bzw. sich entsprechenden Aktienbesitz zu sichern, ist der Geheimtipp an den Börsen. Wehe den Spekulanten, die diese Trends verschlafen! Denn in der planmäßigen Entwicklung von Trends lag und liegt alle kapitalistische Wirtschaftsentwicklung. Allerdings hat dieser kapitalistische Fortschritt auch seinen Preis: An die Stelle von echter Natur tritt voll steuerbare plastikmäßige Natürlichkeit.

**In Altona gab es  
im Jahr 2016 einen  
Verlust von  
1226 Bäumen,  
hochgerechnet bis  
2117 ergäbe das  
einen Verlust von  
122.600 Bäumen**

Voraussetzung für diese Entwicklung ist allerdings die kontinuierliche Fortsetzung der Holzerei, wie sie exemplarisch in Altona praktiziert wird. Hierzu ein paar Zahlen aus dem Jahr 2016: Nach Auskunft der Abteilung Stadtgrün im Bezirksamt Altona wurden im vergangenen Jahr in Altona im öffentlichen Bereich, d.h. in Grünanlagen, auf Spielplätzen, Friedhöfen, Verkehrsflächen und im Straßenrandbereich, 886 Bäume gefällt. Nachgepflanzt wurden 354 Bäume. Negativsaldo: Verlust von 532 Bäumen. Im privaten Bereich stehen 2140 Baumfällungen lediglich 1448



*Bis aus diesem  
Bäumchen ein großer  
Baum geworden ist,  
dauert es sehr lange*

**Altona hat  
Spitzenwerte, was  
die Schadstoff-  
belastung  
der Luft angeht**

Baumnachpflanzungen gegenüber. Negativsaldo: Verlust von 694 Bäumen. Insgesamt ergibt sich für 2016 im öffentlichen und privaten Bereich ein totaler Baumverlust von 1226 Bäumen. Wird dies als durchschnittlicher Baumverlust pro Jahr (es gibt Jahre mit viel höheren Baumfällquoten) bis ins Jahr 2117 hochgerechnet, ergeben sich Verluste von 122.600 Bäumen.

Die jährliche planmäßige Holzerei bedeutet auch gigantische Blattflächenverluste, die durch Nachpflanzungen und Selbstaussaat nicht kompensiert werden können. So müssten für eine gefällte Buche mit 1600 qm Blattoberfläche mindestens 2000 Bäumchen nachgepflanzt werden. Unterstellt Mensch bei Selbstaussaat von Bäumen, rein spekulativ, 30.000 Setzlinge pro Jahr – von denen ohnehin nur ein Drittel bis ein Viertel zu Großbäumen heranwächst – so müsste man schon für 20 gefällte Buchen der vorgenannten Größe 40.000 Bäumchen nachpflanzen.

So schreitet denn die natürliche Entgrünung Altonas unter dem Druck des Baukommerzes unaufhaltsam voran. Dazu zählt auch die weiterhin offen und versteckt verfolgte Umwandlung (Salamitaktik) des Volksparks in einen Sportpark.

Altona hat hinsichtlich der Schadstoffbelastung der Luft Spitzenwerte im Hamburger Raum. Der Luftaustausch mit dem Umland gilt als unnötiger Luxus, unübersehbar an der komprimierten Nachverdichtung im Gebäudebereich. Wozu gibt es schließlich Atemmasken (s.o.) für Außenräume! Innenräume werden im Übrigen durch sog. Klimaanlage mit „aufbereiteter“ Luft versorgt.

Weil sich für kommende Generationen die Lebensqualität in Teilen von Hamburg bzw. Altona wesentlich verschlechtert, müssten Hauseigentümer/Vermieter eigentlich schon jetzt die Mieten senken, um für neu zuziehende Bewohner attraktiv zu bleiben. Sonst könnte sich in manchen Stadtteilen die Zahl derer, die dort hinziehen wollen, umkehren: wegen steigender Mieten bei schlechter werdender Lebensqualität.

Der FC Teutonia 05 wurde, wie der Name nahelegt, 1905 gegründet. Das heißt, 2016 wurde er 111 Jahre alt, eine Schnapszahl, auf die man hätte anstoßen können, wenn nicht ... ja, wenn sich nicht etwas gut Gedachtes in sein Gegenteil verkehrt und zum Nachteil des Vereins entwickelt hätte.

Als ich meine beiden Söhne 2014 bei Teutonia 05 anmelde, ist es Herbst. Ich möchte, dass sie einen Verein haben, der zu Fuß erreichbar ist, sodass sie selbständig zum Training gehen können, ohne Fahrservice. Zudem gefällt mir das Konzept des Vereins – kein Vorspielen, keine Auswahl. Wer trainieren möchte, darf kommen, und nicht nur die „Begabten“.

In Hamburg Hallenzeiten zu bekommen ist schwierig, aber was soll's, von zwei Trainings kann eines ruhig draußen stattfinden, das hält die Kinder fit. Also stehe ich bei früh einsetzender Dunkelheit am Spielfeldrand des Platzes an der Kreuzkirche, von den Mitgliedern „Kreuze“ genannt, wo die Kleinen sich auf dem Grandplatz die Bälle zubolzen. Im Laufe des Winters wird es so kalt, dass ich mich dem Sportsgeist der Lütten anschließe und um den Platz jogge. Und da ändert sich mein Bild vom Grandplatz – natürlich kann man dort spielen, aber im Sommer spielst (oder liegst) du im Staub und im Winter im Matsch.

## BREITENSPIEL SITZT AUF DER BANK

Als dann 2015 vom Beirat Bezirklicher Sportstättenbau das Ja zu Kunstrasen kommt, sind wir froh und warten sehnsüchtig auf den Baubeginn. Die Altonaer Bezirkspolitik ist sich einig – der neue Belag soll finanziert werden. Der Bauantrag des Bezirksamtes wird vom Bauamt genehmigt. Zu dem Zeitpunkt geht man davon aus, dass es sich bei den Veränderungen um einen Neubau handelt und somit ein Lärmgutachten vonnöten ist. Das Merkblatt „Altanlagenbonus bei Sportanlagen“ vom 01.08.2014 (herausgegeben von der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt) besagt jedoch, dass die baulichen Veränderungen sich nicht auf den sogenannten „Altanlagenbonus“ auswirken

(nach § 5 Absatz 4 der 18. Bundes-Immissionsschutzverordnung (BImSchV)), da der Verein lange vor der dann folgenden Wohnbebauung an dem Ort war. Zu den Maßnahmen, die in der Regel nicht zu einem Verlust des Altanlagenbonus führen, gehört auch die „Sanierung und Modernisierung (wie z. B. die Umwandlung von Tennen- oder Rasenspielflächen in Kunststoffrasenspielflächen)“. Vom erstellten Lärmgutachten, das auf der Annahme beruht, Lärmgrenzwerte würden wohl überschritten, ist bis dahin wenig durchgedrungen. Die Baugenehmigung wird erteilt – jedoch mit zeitlichen Einschränkungen. Der Verein weiß davon bis dahin nach eigener Aussage nichts.

Im August 2016 beschwert sich dann eine Anwohnerin aus dem Hohenzollernring beim Altonaer Ordnungsamt über die Lärmbelästigung. Ihre Wohnung befindet sich schräg gegenüber dem Platz, auf der anderen Straßenseite des vierspürigen Hohenzollernrings. Das Amt stößt auf das Lärmgutachten (für das jedoch keine Messungen gemacht wurden) und die Spielbetriebsbeschränkungen und bewegt das Bezirksamt, Spielzeitbegrenzungen anzuordnen. Miteinander geredet wird, wie so häufig, leider nicht.

Ein neuer  
Kunstrasen ist  
vorhanden,  
doch die Heim-  
spiele müssen  
woanders –  
auf einem  
Grandplatz –  
ausgetragen  
werden

Die Nutzungszeiten der „Kreuze“ werden daraufhin drastisch eingeschränkt: Die Abendspielzeit wird von 21:30 Uhr auf maximal 21 Uhr gekürzt. Schwerwiegender sind die Einschnitte am Wochenende: Samstags darf die Anlage 300 und sonntags 180 Minuten genutzt werden, einschließlich Ankommen, Umkleiden etc. Zudem ist die Mittagsruhe von 13-15 Uhr einzuhalten. Die Heimspiele müssen somit meist woanders ausgetragen werden, und viele spielen nun wieder auf einem Grand(!)platz – in der Memellandallee.

Die Gemengelage ist nicht so einfach. Zum einen stehen hier Partikularinteressen gegen Interessen der Allgemeinheit. Der Verein hat ca. 600 Mitglieder, davon ca. 450 Kinder und Jugendliche, viele mit Migrationshintergrund. Das sportliche Leben von 600



*Vor dem Altonaer Rathaus am 23.9.2016: Demonstration gegen die Einschränkung der Nutzungszeiten des Fußballplatzes von Teutonia 05*

Spielern wird also durch die Interessen einer Person eingeschränkt. Die tatsächliche Lärmmessung lässt auf sich warten.

Es gibt viel Aufmerksamkeit und Protest. Über den Verein und die Posse um die Spielzeiten berichten extra3, das Abendblatt und die Mopo. An der vom Verein organisierten Demo am 23.09.2016 nehmen 1000 Leute teil, darunter viele Kinder. Für den Verein geht es gut aus – der alte Zustand der Nutzungszeiten wird annähernd wiederhergestellt – auch maßgeblich durch den Druck der Öffentlichkeit.

Die Angelegenheit könnte aber grundlegend an höherer Stelle entschieden werden, und zwar mit dem Entwurf der Änderungsverordnung zur 18. Bundes-Immissionsschutzverordnung, die seit 2014 vorliegt und nach Anhörung der Länder und Verbände der Abstimmung mit den Bundesressorts harrt. Bundeskabinett, Bundesrat und Bundestag sind dann auch noch mit von der Partie – aber bis dies geschieht, kann noch so manche Spielzeit, nicht nur für Teutonia 05, ins Land gehen ...

Der Ausschuss für Kultur und Bildung hat, wie sein Name sagt, zwei Inhaltsschwerpunkte. Zum Bildungsthema gab es neben der Umverlagerung der Stadtteilschule in Lurup zwei stark kontroverse Diskussionspunkte. Zum einen wollte die Schulbehörde (BSB) mit aller Gewalt den Stadtteilschul-Standort Kurt-Tucholsky-Schule in der Eckernförder Straße schließen, um die Grundstücke zu verkaufen, zum anderen sollte die Stadtteilschule in der Struenseestraße in ein Gymnasium umgewandelt werden. Aber zuerst zur Kurt-Tucholsky-Schule...

Nimmt man aus einem Wohngebiet die Schule heraus, vernichtet man dabei auch die Infrastruktur für Sport und zerstört die identitätsbildende Funktion des gemeinsamen Schulbesuches in der Grund- und Mittelstufe. Vor der Befassung mit diesen beiden Aspekten versuchten die Repräsentanten der Schulbehörde wegzulaufen, indem sie erklärten, die Schule werde doch lediglich in den Bereich der Bebauung des Güterbahnhofgeländes an der Harkortstraße umverlagert, also sei sie ja noch da. Dieser Unsinnssposition stellten sich sowohl freie Stadtplaner sowie Anwohner und große Teile der Mitglieder des Ausschusses entgegen.

## KULTUR UND BILDUNG

Jede Diskussion  
zum Bildungs-  
konzept der  
Stadtteilschule  
wurde  
hintertrieben

Nachdem die Berufsschule, die sich mit der Kurt-Tucholsky-Schule im gleichen Gebäudeblock befand, von der BSB in die Budapester Straße umgesiedelt worden war, wurde der Druck zur Zerstörung des Schulstandortes aus dem Bürokratieapparat der BSB heraus noch größer. Argument war jetzt sogar, die Stadtteilschule habe nur wenig Anmeldungen. Dass dies dem organisatorisch ungeschickten Übergang des Aufbaugymnasiums zur Stadtteilschule zu danken war, übergingen die Behördenvertreter. Jede Diskussion zum Bildungskonzept der Stadtteilschule wurde hintertrieben. Man verwies auf die sogenannte 'Neue Mitte Altona', wo alles besser würde. Statt über Bildungsinhalte und -konzepte redete man lieber über einen Neubau an der Harkortstraße, der wegen der 'besonderen' städtebaulichen Situation in einem 6- bis 8-geschossigen Gebäude seinen Ort finden sollte.



*Die zunächst von der Schulbehörde geplante Schließung der Kurt-Tucholsky-Schule in der Eckernförder Straße konnte verhindert werden*

Dass sich mit der Verdichtung der Wohnbebauung auf dem Schulgelände an der Eckernförder Straße und mit der Veränderung der Wohnbevölkerung in den bestehenden Blocks der Bedarf nach Schulplätzen und Sozialflächen erhöhen würde, versuchte die Behördenspitze über lange Zeit zu negieren. Ebenso waren die Behördenspitzen nicht bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass im Bereich Altona Altstadt bereits jetzt nicht ausreichend Schulplätze zur Verfügung standen und dass durch die gnadenlose Verdichtung entlang der Harkortstraße ein zusätzlicher Schulplatzbedarf entstand.

Es war für uns offensichtlich, dass Verkaufen, Verkaufen und Verdichten, Verdichten im Rahmen der Floskel von der wachsenden Stadt die Zauberworte waren, mit denen jede sachinhaltliche Diskussion über soziale und ökologische Stadtentwicklung und über die sozialräumliche Bedeutung von Schulstandorten vermieden wurde. Durch den Wechsel der Schulleitung konnten sich jedoch auch die an der Tucholsky-Schule tätigen Lehrer stärker durchsetzen, und als die neue Schulleiterin das Bildungskonzept

Trotz  
hervorragender  
Bildungskonzepte  
wurde die Schule  
Struenseestraße  
als Stadtteilschule  
geschlossen

der Stadtteilschule im Ausschuss vorstellte, war der Umschwung gelungen. Man redete über aktuelle Bildungsarbeit in der real existierenden Schule und nicht mehr darüber, dass irgendwann alles besser würde.

Der Streit um die Stadtteilschule Struenseestraße allerdings endete mit der Zerstörung des Stadtteilschulstandortes. Obwohl in den letzten Jahren die Lehrer hier eine hervorragende Bildungsarbeit entwickelt hatten und sich die Schule dadurch auszeichnete, dass ein großer Teil der Schüler aus den Integrationsklassen in die Regelklassen der Mittelstufe übernommen wurden, wird hier jetzt ein weiteres Gymnasium entstehen. Indem man das Gymnasialprofil durch einen Französisch-Zweig aufwertete, entzog man sich der Diskussion um die Bedeutung von Stadtteilschulen.

Die Gymnasien im Altonaer Kerngebiet erhalten viele Anmeldungen, die von den Schulleitungen einfach hingegenommen werden. Statt Eltern in den Anmelderunden intensiv zu beraten, gehen die Gymnasien den Weg, dass nach der 6. Klasse etwa 20 % der Schülerinnen und Schüler nicht weiter das Gymnasium besuchen dürfen, sie werden 'abgeschult' und in Stadtteilschulen verschoben. Diese Praxis produziert bei den betroffenen Kindern Misserfolgserlebnisse, die von den aufnehmenden Schulen aufgearbeitet werden müssen.

Man könnte stattdessen in der Elternberatung stärker darauf hinweisen, dass die Stadtteilschulen auch den Weg in die gymnasiale Oberstufe anbieten, innerhalb von 13 Jahren Schule. Die Oberstufe besteht aus Vorstufe, der Klasse 11, und aus den beiden Studienstufenjahren in den Jahrgängen 12 und 13. Die Schülerinnen und Schüler werden hier in einer zeitlich und inhaltlich anders konzipierten Form an die Arbeit in der Studienstufe und an die gymnasialen Oberstufeninhalte herangeführt.

Doch es war auch hier so, dass durch die Absicht, städtische Grundstücke zu veräußern, die bildungspolitische Diskussion hin-

tertrieben wurde. Mit dem Geschrei „Wohnungen, Wohnungen, wir brauchen Wohnungen“ – was stimmt – verhinderte man die Diskussion um die Qualität der sozialen Infrastruktur, die notwendig ist, wenn eine soziale Stadtentwicklung beabsichtigt wäre. Eine Stadt, die ihre Freiräume für die Bewohner verliert, die wenig Grün und wenig Sportflächen zur Verfügung stellt, beeinträchtigt die Entwicklung der in der Stadt lebenden Kinder und schafft so das Potenzial für soziale Konflikte der Zukunft.

Und nun zur Diskussion an den Thematiken der Kultur-Arbeit. Ein Dauerbrenner ist die auskömmliche Finanzierung der Stadtteilkulturzentren MOTTE, GWA, Haus3 und BÖV 38 in Lurup. Seit Jahren stellt die Kulturbehörde dem Bezirk nicht ausreichend

Mittel zur Verfügung, um die Arbeit der Kulturzentren abzusichern. Obwohl auf allen Ebenen die Kosten für Infrastruktur und Personal gestiegen waren, war die Finanzbehörde nicht bereit, die Zweckzuweisungen für die Kulturzentren so zu erhöhen, dass die Teuerungen hätten aufgefangen werden können. Hinzu kommt,



*Die Kulturbehörde stellt dem Bezirk keine ausreichenden Mittel zur Verfügung, um die Arbeit der Stadtteilkulturzentren abzusichern*

dass seit Jahren das BÖV 38 extrem unterfinanziert war, weil einerseits deren Arbeit nicht wertgeschätzt und andererseits aus Einsparungsgründen vom Bezirk gefordert wurde, die bisherige Aufteilung der Mittel so zu verändern, dass die drei Zentren im Kerngebiet weniger Mittel zugewiesen bekommen sollten.

Bisher hatte der Bezirk Altona die Arbeit des BÖV 38 über bezirkliche Mittel aus der Rahmenzuweisung, die der Bezirk für seine Arbeit eigenverantwortlich aufteilen kann, abgesichert. Insbesondere aus der SPD-Fraktion heraus wurde die Forderung

nach einer scheinbar gerechteren Aufteilung der Mittel aus der Zweckzuweisung Stadtteilkulturzentren vertreten. Da hatten die regionalen SPD-Vertreter sich wohl Vorgaben aus der Finanzbehörde unterworfen. In Gesprächen untereinander wurde aber zum Teil deutlich, dass die Pseudologik, nicht auskömmliche Mittel so zu verteilen, dass alle ihre Arbeit noch schlechter finanziert bekommen, als solche bewusst war. Der Ausschuss hat in seiner Mehrheit daran festgehalten, das BÖV 38 durch bezirkliche Mittel abzusichern und gleichzeitig von der Senatsebene eine Erhöhung

der Zweckzuweisung Stadtteilkultur einzufordern. Die Bürgerschaftsabgeordneten haben in entsprechender Weise agiert.

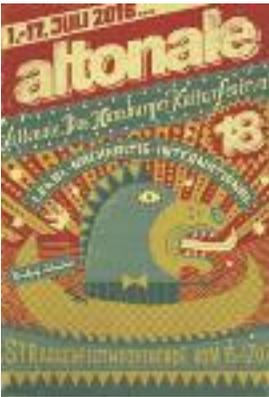
Als durch den Zustrom der Kriegsflüchtlinge die soziale und kulturelle Arbeit der Stadtteilkulturzentren als bedeutsam anerkannt werden musste, wurden dem Bezirk zusätz-

liche Bundes- und Landesmittel zur kulturellen Integrationsarbeit zugewiesen. Diese Sondermittel wurden so aufgeteilt, dass GWA, Haus3 und BÖV 38, die den Löwenanteil dieser Arbeit tragen, auch entsprechend mit Mitteln versehen wurden. Das Problem der strukturellen Unterfinanzierung der Stadtteilkultur ist zwar so nicht gelöst, doch wir werden uns weiterhin mit den Aktiven aus den Zentren dafür einsetzen, dass Kulturarbeit als Arbeit für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gewürdigt wird und deren Kosten als unumgängliche Aufwendungen für die Integration und Entwicklung von Gesellschaften anerkannt werden.

Ein weiteres Beispiel für die Kulturausschuss-Inhalte: die Diskussion um die bezirklichen Mittel, die für Altonale und Straßentheaterfestival Stamp aufgewendet werden sollten. In den letzten



*Stadtteilkulturzentren erhielten Sondermittel für ihre wichtige Arbeit bei der kulturellen Integration der Flüchtlinge*



*Diskussionen gab es um die unverhältnismäßig hohen bezirklichen Mittel, die für die Altonale und das Straßen-theaterfestival Stamp aufgewendet werden*

Jahren wurden beide Aktivitäten jeweils mit 25.000 € aus bezirklichen Mitteln gefördert, parallel zur Förderung durch die Kulturbehörde. Unsere Fraktion hatte sich in den letzten Jahren bei der Abstimmung zur Unterstützung dieser Aktivitäten jeweils enthalten, was uns viel Unverständnis eingebracht hat, meist auf der Ebene: „Ihr Bösen, wollt ihr die Altonale zerstören?“ Doch uns geht es um Transparenz. Durch an uns herangetragene Beschwerden erfuhren wir, dass die Standgebühren auf der Altonale für als kommerziell eingestufte Stände massiv gestiegen waren, selbst anliegende Geschäfte mussten für die Nutzung der Flächen vor ihrem Ladengeschäft beachtliche Summen abführen.

Durch eine Kleine Anfrage in der Bezirksversammlung versuchten wir, das Dickicht durchschaubarer zu machen. Die Altonale erhält vom Bezirksamt für die Zeit ihrer Durchführung öffentliche Flächen zur Sondernutzung. Die dafür zu entrichtende Gebühr fließt zum großen Teil als Zuwendung an die Altonale zurück. Die Altonale vermietet die Flächen ihrerseits pauschal an die Bergmann-Gruppe, die ihrerseits Ausstattung und Infrastruktur organisiert und die so hergerichteten Flächen an nachfragende Nutzer vermietet. Aus den Erlösen dieses Geschäftes wird ein Teil der Kosten der Altonale getragen, ein anderer Teil verbleibt bei der Bergmann-Gruppe.

In diesem Jahr sind die Anträge von Altonale und Stamp mit differenzierten Kostenstellen versehen und insofern nachvollziehbarer als bisher. Es hat einen Fortschritt in der Transparenz gegeben. Gleichzeitig haben die Diskussionen im Kultur- und im Haushaltsausschuss dazu beigetragen, dass Anträge auf Förderung kultureller Aktivitäten auch unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, ob sie unmittelbar oder mittelbar den Rahmen der Altonale ausfüllen.

Würde man diese Betrachtung nicht vornehmen, könnte es leicht dazu kommen, dass die wenigen Mittel des Bezirks zur Förderung kultureller Aktivitäten im Zeitfenster der Altonale einge-



*Die Neue Mitte Altona:  
eine viel zu dichte  
Bebauung mit viel zu  
wenig Grünflächen.  
Soziokulturelle Ange-  
bote: Fehlanzeige*

setzt werden. Das aber will der Kulturausschuss nicht. Vielmehr sehen die Mitglieder bei aller politischen Unterschiedlichkeit ihre Aufgabe darin, über das Jahr hinweg in verschiedenen Stadtteilen kulturelle Aktivitäten zu fördern und zu unterstützen.

Dabei sollen nicht nur etablierte Träger der Kulturszene gestützt werden. Es geht auch darum, neuen kreativen Potenzialen Raum zu verschaffen, damit die kulturelle Vielfalt Altonas sich im Stadtteil ausdrücken kann und zur gemeinsamen Identität seiner Bewohner beiträgt. Dieses Konzept ist keine Absage an die Unterstützung der etablierten freien Theaterszene z.B., es bedeutet nur, dass die sehr beschränkten Mittel des Bezirks vielfältig aufgeteilt werden müssen.

Insgesamt ist über alle Fraktionen in der Bezirksversammlung hinweg klar, dass die den Bezirken für Kulturarbeit zur Verfügung stehenden Mittel durch die Senatsebene über die Finanzbehörde aufgestockt werden müssen, im Sinne einer bewohner-nahen Dezentralisierung.

## WIRTSCHAFT, ARBEIT UND REGIONALE STADTEILENTWICKLUNG

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Regionale Stadtteilentwicklung (WAS) verdankt seine Existenz einer Neustrukturierung der Ausschüsse zu Beginn dieser Wahlperiode. Der neue WAS ist 2014 aus einer Zusammenlegung des früheren Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Sicherheit mit den Regionalausschüssen I (Altona-Altstadt, Altona-Nord, Ottensen und Sternschanze) und II (Bahrenfeld, Lurup, Osdorf, Iserbrook) entstanden. Außerdem kam noch das Thema Arbeit aus dem Sozial-

ausschuss dazu. Hintergrund dieses Schrittes war die Stellenkürzungspolitik des SPD-Senats, die dazu führte, dass in der Geschäftsstelle der Bezirksversammlung eine volle Stelle für die Ausschussbetreuung – insbesondere Protokollführung – entfiel. SPD, CDU und GRÜNE haben lieber die Zahl der zu betreuenden Ausschüsse reduziert, statt sich gegenüber dem Scholz-Senat für eine angemessene Stellenausstattung des Bezirksamtes stark zu machen.

Es ist ein politischer Skandal, dass auf Vorschlag der GRÜNEN mit Zustimmung von SPD und CDU die bewährten Regionalausschüsse abgeschafft wurden. Damit ist Altona jetzt stadtweit der einzige Bezirk, der darauf verzichtet, BürgerInnen, Stadtteilbeiräte sowie soziale und kulturelle Einrichtungen stadtteilbezogen vor Ort in die politischen Entscheidungen einzubeziehen, und dies, obwohl das Bezirksverwaltungsgesetz die Möglichkeit, Regionalausschüsse zu bilden, ausdrücklich vorsieht.

Die bewährten  
Regionalaus-  
schüsse wurden  
abgeschafft –  
nur in Altona

Insbesondere der aufgelöste Regionalausschuss II, der für Bahrenfeld, Lurup, Osdorf und Iserbrook zuständig war, hinterlässt eine große Lücke: Seitdem das Thema regionale Stadtteilentwicklung im WAS zentralisiert ist, nehmen die Stadtteilbeiräte Luruper Forum und Borner Runde nicht mehr regelmäßig an den Ausschusssitzungen, die jetzt fast ausschließlich im Rathaus Altona stattfinden, teil. In den Stadtteilen des Altonaer Westens finden Sitzungen des WAS nur noch sehr selten statt.

Die Großsiedlung  
Osdorfer Born  
erhält sieben Jahre  
Fördermittel  
aus dem  
Rahmenprogramm  
Integrierte  
Stadtentwicklung,  
zusätzliche Stellen  
für kulturelle  
Einrichtungen  
können daraus  
jedoch nicht  
gefördert werden

Nach drei Jahren Erfahrung mit dem neuen WAS-Ausschuss lässt sich feststellen, dass dieses Gremium seinem weiten Themenspektrum von Arbeit über Wirtschaft bis hin zu regionalen Angelegenheiten nicht gerecht werden kann. Oft reichen die drei Stunden Sitzungszeit nicht aus, um die Tagesordnung sachgerecht zu bearbeiten. DIE LINKE wird sich deshalb immer wieder dafür einsetzen, dass wieder Regionalausschüsse – insbesondere für Altonas Westen – gebildet werden. Entsprechend ihres basisorientierten Politikverständnisses arbeiten Mitglieder unserer Fraktion regelmäßig vor Ort in den Stadtteilbeiräten mit und tragen die dort behandelten Themen in die Ausschüsse der Bezirksversammlung. So ist unsere Fraktion z.B. seit vielen Jahren in der Geschäftsführung des Stadtteilbeirats Luruper Forum mit einem Mitglied vertreten. Eine gute Zusammenarbeit unserer Fraktion besteht mit dem Stadtteilbeirat Sternschanze. Besonders unterstützt hat unsere Fraktion z.B. die Forderung eines Modellversuchs zur kontrollierten Abgabe von Cannabis im Stadtteil Sternschanze.

Grundsätzlich ist es zwar als Erfolg zu bewerten, dass die Großsiedlung Osdorfer Born seit 2015 erneut für sieben Jahre aus dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE-Programm) gefördert wird. In der alltäglichen Praxis gibt es jedoch zahlreiche Probleme, die von unserer Linksfraktion immer wieder angesprochen werden. Wegen der aus bürokratischen Gründen erforderlichen europaweiten Ausschreibung konnte die Stelle des Quartiersmanagers erst fast zwei Jahre nach Beginn des Förderungszeitraums besetzt werden. So ging wertvolle Zeit verloren.

Zu kritisieren ist weiterhin, dass mit Ausnahme der Stelle des Quartiersmanagers aus dem RISE-Programm ausschließlich Baumaßnahmen gefördert werden können. Der in vielen sozialen und kulturellen Einrichtungen des Osdorfer Borns bestehende zusätzliche Stellenbedarf kann durch das RISE-Programm nicht gedeckt werden. So ist das 2013 neu eröffnete Bürgerhaus Bornheide bis heute – insbesondere im kulturellen Bereich – nicht



*Der Osdorfer Born, der 2017 sein 50jähriges Bestehen feiert, zeichnet sich durch eine sehr hohe Bebauung, aber auch durch großzügige Grün- und Spielflächen aus, die jedoch nicht immer überall voll gelungen sind*

ausreichend mit Stellen ausgestattet. Zudem enthielt das RISE-Programm mit dem geplanten Fußweg durch das Flaßburg-Moor eine Maßnahme, die von den vor Ort lebenden BürgerInnen, dem Stadtteilbeirat und Naturschutzorganisationen gleichermaßen vehement abgelehnt wurde. Erst durch erheblichen Bürgerwiderstand konnte der geplante Weg durch das Flaßburg-Moor verhindert werden. Allerdings flossen die dafür vorgesehenen Fördergelder wieder zurück in den Landeshaushalt und standen deshalb nicht für andere dringende Projekte im Osdorfer Born zur Verfügung.

Mit dem RISE-Programm werden allerdings auch sehr sinnvolle Vorhaben unterstützt: So erhält die Geschwister-Scholl-Stadteilschule im Rahmen des Schulneubaus mit RISE-Förderung eine neue Drei-

feld-Sporthalle, die insbesondere für den Vereinssport sehr wichtig ist. Kritisch anzumerken ist allerdings, dass die Ausstattung der Sporthalle mit einer Tribüne, die eigentlich als Teil einer Landesaufgabe vom Senat finanziert werden müsste, letztlich erst durch die Zusage einer finanziellen Beteiligung des Bezirkes in Höhe von bis zu 80.000 € möglich wird. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie der rot-grüne Senat seine finanzielle Verantwortung auf den Bezirk abwälzt, der mit viel zu geringen eigenen finanziellen Mitteln ausgestattet ist und nach wie vor über kein eigenes Haushaltsrecht verfügt.

Entwürfe und Planungen der Community School als Erweiterung der Schule Luruper Hauptstraße auf dem Sportgelände des SV Lurup sind regelmäßig im WAS beraten worden. DIE LINKE hat sich gemeinsam mit den Elternvertretern und vielen Luruper Bür-

Flächen, die für die Erweiterung der Schule Luruper Hauptstraße/ Flurstraße benötigt werden, will der Senat verkaufen

gern von Anfang an dafür stark gemacht, dass die gesamten öffentlichen Flächen ausschließlich für schulische Nutzungen zur Verfügung stehen. Der rot-grüne Senat will nach wie vor eine Teilfläche für den Bau von Einfamilienhäusern nutzen. Ein weiteres Beispiel für die fortgesetzte Privatisierungspolitik der rot-grünen Koalition. Wichtige Flächen, die für eine weitere Entwicklung des Schulstandorts im stark wachsenden Stadtteil Lurup dringend benötigt werden, will der rot-grüne Senat aus kurzfristigen Finanz-erwägungen verhökern.

Konsequent hat sich unsere Linksfraktion dafür eingesetzt, dass der Schulneubau in Lurup genauso wie die Großsiedlung Osdorfer Born eine eigene Dreifeld-Sporthalle erhält. Dies ist gerade vor dem Hintergrund, dass die Hallenzeiten für die Sportvereine immer noch nicht ausreichen, dringend erforderlich. Trotz eines einstimmigen Beschlusses des Stadtteilbeirats Luruper Forum bleibt die SPD-geführte Schulbehörde dabei, auf eine Dreifeld-Halle zu verzichten.

Das Thema Arbeit kommt im WAS-Ausschuss bislang viel zu kurz. Erstmals im März 2017 waren Vertreter der Agentur für Arbeit als Referenten im Ausschuss zu Gast. DIE LINKE hat dies genutzt, um kritische Fragen zu den Themen Hartz IV und Arbeitslosengeld-I-Bezug von Langzeiterkrankten zu stellen.

Über Einzelthemen der Wirtschaftsförderung – z.B. Neuansiedlung und Bestandspflege von Unternehmensstandorten in Altona – wird regelmäßig im Ausschuss berichtet. Besonderes Augenmerk richtete DIE LINKE auf das in der Luruper Feldmark geplante Technologie Zentrum/Technologie-Park. Aktuell hat unsere Fraktion den Eindruck, dass die Wirtschaftsbehörde des rot-grünen Senats das ursprünglich auf eine gezielte Förderung von Existenzgründungen abzielende Konzept zugunsten eines primär auf Gewerbeansiedlung ausgerichteten Vorhabens aufgibt. In der damaligen Bürgerbeteiligung ist den Lurupern noch erzählt worden, die Technologieförderung stünde eindeutig im Mittelpunkt.



*Schön wär's - auch beim Thema Arbeit*

**Der Ausschuss für Haushalt und Vergabe** ist im positiven Sinne ein Kontrollinstrument der Bezirksversammlung gegenüber der Verwaltung. Im Bezirksversammlungsteil der neuen Bezirksbroschüre heißt es dazu: „Die Bezirksversammlung hat ein umfassendes Informationsrecht gegenüber dem Bezirksamt und anderen Hamburger Behörden. Sie kontrolliert die Führung der Geschäfte des Bezirksamtes und kann in allen Angelegenheiten, für die das Bezirksamt zuständig ist, bindende Beschlüsse fassen. Zudem verfügt sie über Mittel, die auf Antrag Dritter zur Umsetzung bezirklicher Projekte verwendet werden können.“

Eines ist in den letzten Jahren verstärkt deutlich geworden: Die auf Personaleinsparung – insbesondere in den Bezirksämtern – ausgerichtete Politik des Senats hat dazu geführt, dass auch im Finanzbereich des Bezirksamtes Altona das Personal völlig überlastet ist. Anträge auf Unterstützung von Projekten konnten nicht ordnungsgemäß geprüft werden, und die Kontrolle der Ausgaben und ordnungsgemäßen Abrechnung von eingesetzten öffentlichen Mitteln war nicht mehr zeitnah gewährleistet.

Durch die zentralistische Struktur der FHH wird die bezirkliche Arbeit im Wesentlichen über gebundene Zweckzuweisungen gesteuert. Positiv wird der Ausschuss von diesen Zuweisungen in Kenntnis gesetzt und kann sich dazu äußern. Die Rahmenzuweisungen für bestimmte Arbeitsgebiete bieten den Bezirken mehr Spielraum, um durch differenzierten Einsatz von Mitteln Aktivitäten in den Bezirken auch im Detail zu unterstützen. Häufig ist es allerdings so, dass eigentlich von den Fachbehörden finanzierte Projekte so knapp ausgestattet sind, dass die Bezirkspolitiker gezwungen sind, die geringen bezirklichen Mittel einzusetzen, damit die begonnenen Projekte auch zu Ende geführt werden können. Als Beispiele sollen hier die Renovierung von Haus3 und in noch viel stärkerem Maße der Umbau der MOTTE dienen. Offensichtlich waren die bereitgestellten Mittel von Beginn an nicht auskömmlich und man – welche Runde das auch

## HAUSHALT UND VERGABE

Wenn die Fachbehörden Projekte mit zu geringen Mitteln ausstatten, werden knappe bezirkliche Mittel dafür verwendet, die oft woanders gebraucht werden



*Bei der Erweiterung des Gymnasiums Allee gehen dort Grün- und Sportflächen verloren. Ein Ersatz wäre möglich, ist aber nicht vorgesehen*

immer war – setzte darauf, die Projektmaßnahmen aus den geringen 'freien' Mitteln des Bezirkes zu Ende zu finanzieren.

Ein besonderes Beispiel fachbehördlicher Willkür ist der Umbau und die Erweiterung des Gymnasiums Allee. Die Mehrheit der Bezirksversammlung war bereit zu akzeptieren, dass ein Teil des Grünzuges zwischen Goetheallee und Grabbestraße der öffentlichen Nutzung entzogen wird, um den schulischen Baukörper zu errichten und um den schulischen Kleinsportplatz zu erhalten. Trotz der Vereinnahmung der Grünzone war nach Einschätzung aller Politiker der verbleibende Freiflächenanteil um die Schule so gering, dass man sich an Kategorien wie 'Bodenhaltung' erinnert fühlte. Zur Entzerrung dieser Situation erwog man bei der Planung des Schulbaus, das Schulgelände zur Grabbestraße hin zu öffnen, damit wenigstens die Oberstufenschüler zusätzlichen 'Freilaufraum' erhalten, was für alle SchülerInnen ein klein wenig mehr Platz in den Pausen bedeutet.

Obwohl das Einverständnis vorhanden war und die Bezirksversammlung einen bekräftigenden Beschluss gefasst hat, weigert sich die Schulbehörde bzw. die ihr unterstellte Schulbau Hamburg, den Umbau der Grabbestraße zu bezahlen. Diese Maßnahme ist schon deshalb nötig, weil es keine anderen Flächen gibt, um die beengten Freiflächen für die SchülerInnen etwas auszuweiten. Nun ist zu erwarten, dass aus bezirklichen Mitteln 80.000 bis 120.000 € eingesetzt werden müssen, wenn im Interesse der Bewegungsmöglichkeiten der SchülerInnen gehandelt wird. Wir hoffen, dass die ignorante Fachbehörden-Entscheidung nicht hingenommen wird und die Bezirksversammlung dieser Frechheit entgegentritt.

Neben den mit Sachgrundlagen hinterlegten Finanzentscheidungen, die in der Regel durch Voten der Fachausschüsse eingeleitet werden, kontrolliert der Haushalts- und Vergabe-Ausschuss im Stichpunktverfahren die Ausschreibung und Vergabe von Dienstleistungen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes. Es geht um Straßen, Bäume und Grünflächen, Gerätschaften und Dienstleistungen. Regelmäßig werden Auftragsakten eingesehen und in den Sprechersitzungen mit den befassten MitarbeiterInnen des Bezirksamtes erörtert. Diese Gespräche steigern einerseits die Sachkompetenz der Ausschussmitglieder und sind andererseits das in einer demokratischen Verwaltung selbstverständliche Controlling.

Der Haushalts- und Vergabe-Ausschuss kontrolliert Finanzentscheidungen sowie die Ausschreibung und Vergabe von Dienstleistungen zur Gestaltung des öffentlichen Raums

Hier stellt sich auch immer wieder die Frage, ob Dienstleistungen nicht flexibler und angepasster durch eigenes Personal zu erbringen wären als durch Vergaben. Bei der Vergabe von Dienstleistungen beispielsweise im Grünbereich muss der Auftragnehmer für seine Arbeit wie überall üblich eine Gewährleistung übernehmen. Das kann dazu führen, dass auf Baumschäden eher mit Abhacken reagiert wird als mit kontinuierlicher Pflege und Beobachtung, die neue Kosten verursachen. Doch das wäre eine inhaltliche Ebene, die über die Verbuchung und Verteilung von Mitteln hinausgeht.

Der **Verkehrsausschuss** hat nur sehr geringe Möglichkeiten, auf die Regulierung der Verkehrsverhältnisse in Altona Einfluss zu nehmen. Zu den geringen Kompetenzen des Verkehrsausschusses gehört es, über Bau- und Unterhaltungsprogramme für das öffentliche Wegenetz beraten zu dürfen. Weiterhin befasst er sich mit Umbau- und Ausbaumaßnahmen von Straßen sowie

## VERKEHR

mit der Verkehrserschließung von Wohngebieten. Viele Themen sind dagegen bei den Fachbehörden angesiedelt: Hier kann der Ausschuss lediglich Empfehlungen an die Verkehrsbehörde aussprechen, die dort regelmäßig keine oder nur geringe Beachtung finden.

Zu den wichtigen Aufgaben des Verkehrsausschusses gehört es, über Eingaben von Bürgern zu diskutieren. Oft können allerdings den Bürgern keine Lösungen angeboten werden, sondern auch hier nur Empfehlungen an die Fachbehörden des rot-grünen Senats ausgesprochen werden, die letztlich ignoriert werden oder im Sande verlaufen. Eine gravierende Einschränkung unserer Einflussmöglichkeit besteht darin, dass es den Polizeikommissariaten, die der Innenbehörde unterstellt sind, vorbehalten bleibt, straßenverkehrsrechtliche Regelungen – z.B. Freigabe von Einbahnstraßen in Gegenrichtung für Radfahrer – anzuordnen. Darüber entscheidet die Polizei als untere Straßenverkehrsbehörde nach eigenem Ermessen, ohne dass unser Ausschuss bindende Beschlüsse darüber fassen kann.

Einbahnstraßen  
in Gegenrichtung  
für Radfahrer  
freizugeben –  
darüber  
entscheidet nicht  
Altona, sondern  
die Polizei,  
d.h. Hamburgs  
Innenbehörde

Den geringen Einflussmöglichkeiten des Verkehrsausschusses stehen gravierende Verkehrsprobleme Altonas und ganz Hamburgs gegenüber. Unser Programm, mit dem wir zu den Bezirkswahlen im Mai 2014 angetreten sind, beschreibt die Verhältnisse so: „Hamburg und der Bezirk Altona geben dem Autoverkehr großen Vorrang. Es existieren keine ernst zu nehmenden städtischen Planungen und Konzepte für Wohnquartiere, in denen der Autoverkehr auf ein Minimum reduziert oder die Möglichkeit für andere Verkehrsmittel geschaffen wird. Straßen, Ampelschaltungen und Wohnquartiere werden auf die Nutzung des Autos zuge-



*Die vom HVV verlegte Bushaltestelle Gerichtsstraße ist nach Bürgerprotesten wieder an alter Stelle*

schnitten, meist zu Ungunsten von FußgängerInnen, RadfahrerInnen und NutzerInnen von Bussen und Bahnen. Trotz steigender Fahrgastzahlen im HVV und trotz der steigenden Zahl der RadfahrerInnen nimmt der Pkw-Verkehr nicht ab, sondern zu.“

Angesichts der zunehmenden Verkehrsprobleme einerseits und der geringen Einflussmöglichkeiten des Verkehrsausschusses andererseits kann DIE LINKE als Oppositionskraft nur die vorhandenen Missstände deutlich benennen und Sprachrohr für die Kritik der BürgerInnen sein. Ein gutes Beispiel dafür ist der Widerstand der Bürgerinnen und Bürger gegen die Verlegung der Bushaltestelle „Gerichtsstraße“ im Rahmen von geplanten Busbeschleunigungsmaßnahmen in der Max-Brauer-Allee, den unsere Linksfraktion von Anfang an unterstützt hat.

Nur so konnte erreicht werden, dass die Bushaltestelle inzwischen wieder an den gewohnten alten Standort vor dem Amtsgericht Altona zurückgekehrt ist. Für die in der Max-Brauer-Allee geplanten Umbaumaßnahmen findet derzeit eine Bürgerbeteili-

Die Verkehrs-  
behörde stellt  
sich gegen einen  
dichteren Fahr-  
plantakt für die  
Buslinie 180  
zur Flüchtlings-  
einrichtung  
Schnackenburg-  
allee



*Die Bezirksversammlung beschloss: Ein durchgehender 10-Minuten-Takt auf der S-Bahn-Strecke Blankenese/Wedel soll eingeführt werden. Die Verkehrsbehörde lehnte dies ab.*

gung statt. Auch das ist letztlich ein Erfolg des Bürgerengagements. An vielen anderen Stellen im Bezirk sind bei umfangreichen Umbaumaßnahmen die BürgerInnen nicht zuvor beteiligt worden, so z.B. beim Umbau des Straßenzuges Bahrenfelder Chaussee/Luruper Chaussee im Sommer 2015. Dort konnte sich DIE LINKE mit ihrer Forderung nach einer Planungswerkstatt nicht durchsetzen.

Selbst geringfügige Verbesserungen des Leistungsangebots im Buslinienverkehr, die der Verkehrsausschuss einstimmig auf Antrag der Linksfraktion forderte, werden durch die Verkehrsbehörde blockiert. So beschloss der Verkehrsausschuss im Dezember 2015 auf Antrag der LINKEN, zur besseren Anbindung der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in der Schnackenburgallee einen dichteren Fahrplantakt für die Stadtbuslinie 180 anzubieten. Obwohl wegen der vielen Flüchtlinge, die in dieser Unterkunft leben, von einer erhöhten Verkehrsnachfrage für die Buslinie 180 auszugehen ist, war die Verkehrsbehörde nicht bereit, das Angebot zu verbessern.

An vielen Stellen des Bezirks befinden sich Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung in Planung oder bereits in der Umsetzungsphase. Davon sind zahlreiche Arbeitnehmer betroffen, die als Einpendler in den Bezirk Altona auf einen Parkplatz angewiesen sind. In diesem Zusammenhang verweisen die Befürworter der Parkraumbewirtschaftung gerne darauf, dass ein Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr problemlos möglich sei. Verkannt wird dabei, dass im Berufsverkehr z.B. die S-Bahnzüge aus Blankenese und Wedel bereits völlig überfüllt sind und kaum mehr zusätzliche Fahrgäste aufnehmen können.

Im Oktober 2014 hatte die Bezirksversammlung auf Antrag der Linksfraktion beschlossen, dass endlich ein durchgehender 10-Minuten-Takt auf der S-Bahn-Strecke Blankenese/Wedel eingeführt wird. Auch dies wurde von der Verkehrsbehörde abgelehnt. Mit einem Antrag, die Verkehrsbehörde aufzufordern, weitere

Fahrpreiserhöhungen des HVV nicht zu genehmigen, konnte sich unsere Fraktion nicht durchsetzen. Solange die Fahrpreise immer weiter steigen und das Nahverkehrsangebot in den Zeiten des Berufsverkehrs nicht deutlich verbessert wird, hält DIE LINKE weitere Parkraumbewirtschaftungsmaßnahmen für inakzeptabel.

DIE LINKE achtet sehr genau darauf, für welche Baumaßnahmen im Verkehrsbereich in Altona Geld ausgegeben wird. So haben sich die Kosten für den Umbau der Waitzstraße im Stadtteil Oth-



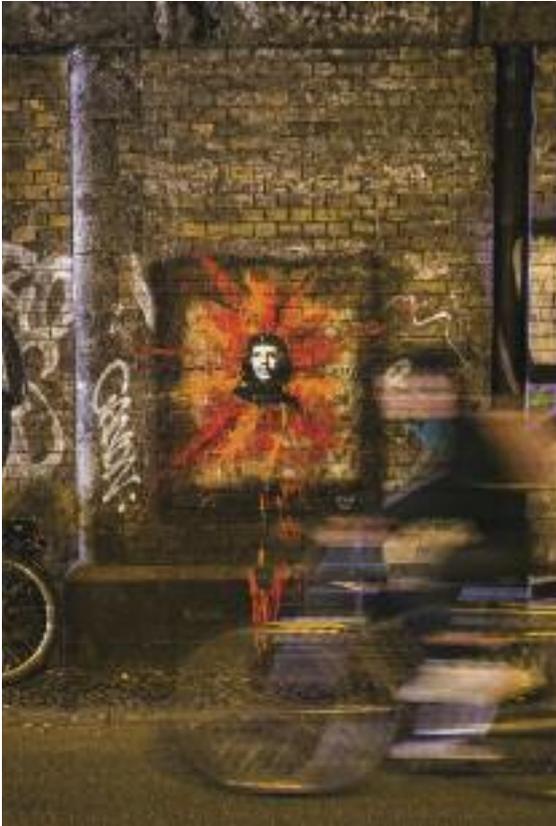
marschen von ursprünglich rund 530.000 € um 450.000 € auf nunmehr fast 1 Million € wegen angeblich unvorhersehbarer Preissteigerungen erhöht. Die Maßnahme wird überwiegend aus bezirklichen Mitteln finanziert, sodass auch die Kostensteigerungen von Altona zu tragen sind. Durch derartige Renommierprojekte

wie die Waitzstraße im gutbürgerlichen Othmarschen werden finanzielle Mittel gebunden, die in anderen Stadtteilen des Bezirks, z.B. zur Straßeninstandsetzung, viel dringender benötigt werden. Deshalb hat DIE LINKE die Umgestaltung der Waitzstraße immer abgelehnt.

*Einen Radweg über den Elbstrand bei Neumühlen lehnt DIE LINKE ab. Der Gegenvorschlag ist: gesicherte Radwege an der Elbchaussee bzw. Bernadottestraße*

Unsere Fraktion begrüßt es, dass in den letzten Jahren mehr für die Förderung des Radverkehrs getan wurde. Eine Kleine Anfrage unserer Fraktion ergab, dass noch für die Jahre 2012 und 2013 vom Bezirk für die Instandsetzung von Radwegen nur rund 300.000 € für nicht einmal 1,5 km Streckenlänge ausgegeben wurde (Drs. 20-0341). DIE LINKE wird sich auch künftig für die Förderung des Radverkehrs einsetzen.

Allerdings ist aus unserer Sicht nicht jedes Projekt förderungswürdig: Den Radweg über den Elbstrand bei Neumühlen/Övelgönne lehnen wir entschieden ab. Der Elbstrand als attraktive Erholungszone muss erhalten bleiben. Stattdessen sollten gesicherte Radwege auf der Elbchaussee und/oder Bernadottestraße geschaffen werden, wie DIE LINKE es bereits im Mai 2011 gefordert hat.



*Die Linksfraktion begrüßt es, dass mehr für die Förderung des Radverkehrs getan wurde*

Die StadtRad-Ausleihstationen sind aus Sicht der Linksfraktion ein Erfolg. Bereits frühzeitig im November 2014 hatte sich DIE LINKE dafür eingesetzt, StadtRad-Stationen an der S-Bahnstation Elbgaustraße und am Eckhoffplatz/Lurup-Center einzurichten. Leider konnte DIE LINKE nur erreichen, dass diese Standorte mit nachrangiger Priorität berücksichtigt werden.

Ein besonderes Ärgernis für viele BürgerInnen ist das nicht ausreichende Angebot an öffentlichen Toiletten in Altona. Vor diesem Hintergrund beantragte DIE LINKE im Juli 2015 für den Schanzenpark, eine öffentliche Toilettenanlage als dringenden Bedarf zu realisieren. Den Antrag lehnte die rot-grünen Mehrheit ab und schlug stattdessen vor, zu prüfen, ob in der Außensaison zeitweise mobile Toiletten aufgestellt werden könnten.

Dieser Bericht kann nur anhand von Beispielen einen zusammenfassenden Überblick unserer Arbeit im Verkehrsausschuss leisten. Wenn darüber hinaus Interesse an der Arbeit des Verkehrsausschusses besteht, kann die Recherchefunktion der über das Internet zugänglichen Datenbank ALLRIS genutzt werden.

## ZUM SCHLUSS

**Die Kontrolle der Verwaltung** in den Ausschüssen der Bezirksversammlung Altona durch Ehrenamtliche kann nur dann erfolgreich sein, wenn eine starke Öffentlichkeit sie durch ihre Anwesenheit in den Ausschusssitzungen und der Bezirksversammlung unterstützt.

Je größer der öffentliche Druck, umso eher werden Veränderungen umgesetzt.

Durch die Wahlen wird lediglich ein Votum abgegeben, welche Parteienkonstellationen in den kommenden 5 Jahren eine Mehrheit haben.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind eine wichtige demokratische Willensbekundung von Bürgern und können die Verhältnisse in Einzelfällen vor Ort nachhaltig verändern.

Nur das außerparlamentarische Engagement vieler sichert das friedliche Miteinander aller Kulturen und der Demokratie. Das liegt bei jedem Einzelnen und auch an Dir.

**DIE LINKE.**

Bezirksfraktion Altona

**DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona**  
**Am Felde 2**  
**22765 Hamburg**

**Telefon 040 - 25 49 55 47**

**[www.linksfraktion-altona.de](http://www.linksfraktion-altona.de)**  
**[info@linksfraktion-altona.de](mailto:info@linksfraktion-altona.de)**

